

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 35.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 25. bis 31. August 1911.

Posen, den 5. September 1911.

Die Vereinsversammlungen der Polnischen Berufsvereinigung — öffentliche Versammlungen.

Die Vereinsversammlungen der Polnischen Berufsvereinigung tragen in anbetracht der Rechtsprechung des Reichsgerichts und der Erläuterungen im Entwurf zum Reichsvereinsgesetz die Merkmale öffentlicher Versammlungen an sich.

Nach der Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen, Bl. 21 S. 256, sind nämlich auch die Versammlungen solcher Vereine als öffentliche zu betrachten, die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebiets, das sie umfassen, wie nach der Mitgliederzahl so groß sind, deren Organisation eine so lose ist, bei denen der Erwerb und der Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen geknüpft und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen.

Alle diese Merkmale treffen bei der Polnischen Berufsvereinigung, die sich aus Filialen zusammensetzt, zu. Rotorisch ist, daß sich diese Vereinigung über ganz Deutschland erstreckt, daß sie etwa 70 000 Mitglieder umfaßt, daß jeder polnische Arbeiter und Handwerker, der das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, ohne Ansehung und nähere Prüfung seiner Person als Mitglied aufgenommen werden kann, wenn er sich bei dem Vorstände der Ortsfiliale, bei einem Vertrauensmann, oder bei dem Hauptvorstande zum Beitritt meldet und das vorgeschriebene Eintrittsgeld bezahlt. Der Austritt kann jederzeit durch einfache Austrittserklärung erfolgen, was dazu führt, daß der Wechsel im Mitgliederbestande ein ungemein reger ist.

Die einzelnen Filialen der Polnischen Berufsvereinigung sind Vereine ohne nennenswerte Selbständigkeit, was aus folgendem hervorgeht: sie unterstehen der Leitung des Vorstandes derjenigen Abteilung der Gesamtorganisation, der sie angegliedert sind. Ihre Satzungen sind die der Polnischen Berufsvereinigung und die ihrer Abteilung. Die von den Filialen eingezogenen Mitgliederbeiträge sind allmonatlich an den zuständigen Abteilungsvorstand abzuführen, sie dürfen von dem eingenommenen Gelde nur 15 Prozent zur Bestreitung der örtlichen Kosten zurückbehalten. Größere Zahlungen können die Filialen nur dann leisten, wenn sie von dem Abteilungsvorstande dazu ermächtigt werden. Die Wahl der Filialvorstände bedarf der Bestätigung des zuständigen Abteilungsvorstandes, ebenso die Aufnahme neuer Mitglieder. Über die Aufnahme eines aus der Organisation ausgeschlossenen Mitgliedes entscheidet ebenfalls nur der Abteilungsvorstand. Unter keinen Umständen ist es Mitgliedern gestattet, ohne

Genehmigung des Hauptvorstandes in einen Streik zu treten.

Auf Grund der vorstehend angeführten Tatsachen hat sowohl das Königliche Schöffengericht wie auch die II. Strafkammer des Königlichen Landgerichts in Posen die Mitgliederversammlung einer Filiale der Arbeiter der Polnischen Berufsvereinigung als eine öffentliche angesehen und die Veranstalter, Leiter und Redner aus §§ 12, 19 B verurteilt.

Die beiden Urteile werden nachfolgend wiedergegeben:

Öffentliche Sitzung des
Königl. Schöffengerichts.

(21. C. 8/11.—12.)

P o s e n , den 7. April 1911.

In der Strafsache gegen

1. Zimmermann Jakob Szejzula in Pozegowo,
2. Ziegeleiarbeiter Simon Konatkowski in Moschin,
3. Ziegeleiarbeiter Stanislaus Ruzma in Moschin,
4. Schneidemühlenarbeiter Franz Skrzypczak in Moschin,
5. Arbeiter Anton Skotarczyk in Moschin

wegen Vergehens gegen das Reichsvereinsgesetz erschienen bei Aufruf der Sache die Angeklagten zu 1 bis 4. Der Angeklagte zu 5 war nicht erschienen. pp.

Es wurde das Urteil dahin verkündet:

Der Einspruch des nicht erschienenen aber ordnungsmäßig geladenen Angeklagten Skotarczyk wird auf seine Kosten zurückgewiesen.

Die Angeklagten Szejzula, Konatkowski, Ruzma und Skotarczyk sind des Verstoßes gegen das R. V. G. schuldig und werden deshalb ein jeder zu einer Geldstrafe von 12 M., im Nichtbeitreibungsfalle für je 3 M. ein Tag Haft, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

G r ü n d e :

Die sämtlichen Angeklagten sind Mitglieder der Polnischen Berufsvereinigung in Deutschland. Dieser Verband zählt ca. 60 bis 70 000 Mitglieder; die Mitgliedschaft bei ihm kann jede nicht über 50 Jahre alte Person erlangen. Der über ganz Deutschland verbreitete Verband gliedert sich in drei Untergruppen:

- a) der Vergarbeiter,
- b) der Hüttenarbeiter,
- c) der Arbeiter und Handwerker.

Letztere Gruppe hat ihren Verwaltungssitz in Posen und zählt allein ca. 8 bis 10 000 Mitglieder. Jede der drei Gruppen ist in Filialen ohne nennenswerte Selbständigkeit eingeteilt, eine solche Filiale der dritten Gruppe (der Arbeiter und Handwerker), nämlich der Filiale Moschin gehören die Angeklagten im besonderen an.

Den Versammlungen irgend einer Filiale kann jedes Mitglied der ganzen Berufsvereinigung beiwohnen, wenn es sich nur als Mitglied genügend ausgewiesen hat. Mit Rücksicht auch auf dieses Recht ist die Versammlung der Filiale Moschin der Polnischen Berufsvereinigung in Deutschland am 23. 10. 1910 außer durch Weiterfagen unter den Mitgliedern der Filiale auch in der Graudenzener Zeitung (Gazeta Grudziödzka) bekannt gegeben worden.

Zur Versammlungszeit soll nun nach den Behauptungen der Angeklagten vor dem Versammlungsraum eine Tafel mit der Aufschrift „Geschlossene Gesellschaft“ angebracht gewesen sein. Trotz dieses Hinweises hat es sich bei der Versammlung der Filiale Moschin der Polnischen Berufsvereinigung in Deutschland am 23. 10. 1910 um eine öffentliche Versammlung gehandelt, denn nach den Satzungen der Polnischen Berufsvereinigung, nach der jedes Mitglied dieser Vereinigung einer jeden Versammlung irgend einer Filiale dieses Gesamtverbandes beizuwohnen berechtigt ist, handelt es sich in Wahrheit um Filialversammlungen des polnischen Verbandes, der wegen seiner räumlichen Ausdehnung seine Angelegenheiten nicht in einer einheitlichen Versammlung zur Sprache bringen kann. Die räumliche Ausdehnung des Gebiets, das die Polnische Berufsvereinigung in Deutschland umfaßt, die Zahl ihrer Mitglieder, ist so groß, die Organisation der Mitglieder eine nur derart lose, der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft derart leicht — einfache An- und Abmeldung genügt — sodaß angenommen werden muß, die Mitglieder bilden nicht einen in sich abgeschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen und auch ihre Filialversammlungen, zu denen jedes Verbandsmitglied Zutritt hat, sind öffentliche Versammlungen, denen ihr Charakter nicht durch den mit der Einladung und den Satzungen in Widerspruch stehenden Hinweis vor dem Versammlungslokal „geschlossene Gesellschaft“ genommen werden kann. Moschin gehört zu den Bezirken, auf die die Bestimmung des § 12, 3 des R. V. G. Anwendung findet (Ministerialverord. S. 8 B. 1908). Angemeldet ist die Versammlung vom 23. 10. 1910 überhaupt nicht, es haben aber die Angeklagten zu 1—4 polnisch gesprochen und der Angeklagte zu 2 Ziegeleiarbeiter Konatowski hat auch in polnischer Sprache die Versammlung eröffnet.

Die Angeklagten Szeszula, Konatowski, Kuzma und Skrzypczak waren daher gemäß §§ 12, 19 3 des R. V. G. zu bestrafen. Die unter Anwendung der §§ 28, 29 St. G. B. erkannten Geldstrafen erschienen angemessen. Der Einspruch des Anton Skotarczyk war, da er ordnungsmäßig zur Hauptverhandlung am 29. 3. 1911 geladen, aber nicht erschienen ist, gemäß § 452 St. P. O. zu verwerfen.

Die Kostenentscheidung rechtfertigt sich nach § 497 St. P. O.

Unterschrift.

Nr. (8) 6. N. 46/11=16.

Im Namen des Königs!

In der Strafsache gegen

1. den Zimmermann Jacob Szeszula in Pozegowo bei Moschin, geboren am 25. Juni 1877 zu Lodz, Bez. Posen-West, katholisch;
2. den Ziegeleiarbeiter Simon Konatowski in Moschin-Abbau, geboren am 11. Oktober 1870 ebenda, katholisch;
3. den Ziegeleiarbeiter Stanislaus Kuzma, geboren am 12. April 1883 zu Moschin, katholisch;
4. den Schneidemühlenarbeiter Franz Skrzypczak, geboren am 9. September 1872 zu Rogalin, Kreis Schrimm, katholisch, zu 3 und 4 in Moschin;

5. den Arbeiter Anton Skotarczyk, geboren am 30. Dezember 1864 zu Wiczkowo, Kreis Schrimm, katholisch,

wegen Vergehens gegen das Reichsvereinsgesetz, hat auf die von den Angeklagten gegen das Urteil des königlichen Schöffengerichts in Posen vom 7. April 1911 eingelegte Berufung die zweite Strafkammer des königlichen Landgerichts in Posen in der Sitzung vom 27. Mai 1911 an welcher teilgenommen haben:

pp.

für Recht erkannt:

Die Berufung wird verworfen.

Die Kosten des Rechtsmittels werden den Angeklagten auferlegt.

Gründe:

Durch das angefochtene Urteil wurde der Einspruch des Angeklagten Skotarczyk gegen den gerichtlichen Strafbefehl verworfen, weil er trotz ordnungsmäßiger Ladung im Termine zur Hauptverhandlung ausgeblieben war.

Siergegen hatte er rechtzeitig Berufung eingelegt. Im Termine zur Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht ist der Angeklagte zwar erschienen, hat sich, nachdem er über den Stand der Sache nach § 452 St. P. O. verständigt worden war und sein Verteidiger erklärt hatte, daß er ihn nicht mehr vertrete, aber entfernt, ohne Anträge zu stellen. Gemäß § 364, 370 St. P. O. war daher die Berufung unter Belastung des Angeklagten mit den Kosten des Rechtsmittels (§ 505 St. P. O.) zu verwerfen.

Betreffend die übrigen Angeklagten, so hat das königliche Schöffengericht in Posen am 7. April 1911 die Angeklagten zu 1 und 2 zu einer Geldstrafe von 15 M., zu 3 und 4 zu einer Geldstrafe von 12 M. an deren Stelle im Fall der Nichtbeitreibbarkeit für je 3 M. ein Tag Haft treten sollte, verurteilt auf Grund der Feststellung,

daß sie am 23. Oktober 1910 zu Moschin, einem Ort, an dem nach der Bestimmung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 — § 12 — in öffentlichen Versammlungen der Mitgebrauch der nicht deutschen Sprache gestattet ist, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nicht deutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen, zu 1 bis 4 als Redner in einer öffentlichen Versammlung, in der die Verhandlungen in polnischer Sprache geführt wurden und die nicht polizeilich angemeldet war, aufgetreten sind,

daß ferner der Angeklagte

1. Szeszula diese Versammlung auch veranstaltet,
2. Konatowski sie auch geleitet hat.

Gegen dieses Urteil haben die Beklagten rechtzeitig Berufung eingelegt.

Das Berufungsgericht hat folgenden Sachverhalt festgestellt:

Die in Rede stehende Versammlung war eine Versammlung der Mitglieder der „Polnischen Berufsvereinigung“, Filiale Moschin. Die „Polnische Berufsvereinigung“ mit dem Hauptsitz in Bochum und mit einer Mitgliederzahl von ca. 65 000 Personen bezweckt den Zusammenschluß aller Arbeitnehmer polnischer Nationalität behufs Erlangung günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen und von Mitteln zur Gewährung von Rechtsschutz und Unterstützungen an arbeitslose oder erkrankte Mitglieder, daneben aber auch die Ausweisung der polnischen Arbeitnehmer aus den sozialdemokratischen Verbänden und insbesondere auch aus dem Verbands der deutschen christlichen Gewerkschaft, zu einer ausgesprochen polnischen Organisation behufs Stär-

fung und Erhaltung des polnischen Nationalbewußtseins gegenüber dem deutschen Erwerbsleben, wie im Streite der Nationalitäten. Sie hat ihren Sitz in Bochum und erstreckt sich fast über das ganze deutsche Reich. Sie gliedert sich in die Gruppen der Bergarbeiter, der Hüttenarbeiter, der Arbeiter und Handwerker. Die letztere hat ihren Verwaltungssitz in Posen und zählt etwa 8000 bis 10 000 Mitglieder. Die ganze Berufsvereinigung zerfällt in Filialen mit besonderen Vorständen. Die Filialen sind nach Maßgabe der Satzungen unselbständige Teile der Vereinigung, deren Aufsicht (Reglement zum Statut Abschn. II § 6 I Nr. 10) Leitung (Nr. 11 a a. D.) und Kontrolle (III b Filialen 5) sie unterstehen, an die sie die Mitgliederbeiträge abführen (6) und die Bilanzen einreichen (7) müssen und zwar dergestalt, daß der Berufsvorstand mit einem Worte sämtliche Geschäfte des ganzen Verbandes leitet. Als Mitglieder werden in die Posener Gruppe aufgenommen Arbeitnehmer der verschiedensten Art, sowohl Fabrikarbeiter wie Handwerker aller Berufszweige.

Aufnahme und Austritt in die Polnische Berufsvereinigung und deren Filialen ist an keine besondere Formlichkeit geknüpft. Aufgenommen wird nach den Vereinsatzungen jeder Pole, der über 17 und unter 50 Jahre alt und bezüglich dessen Ehrenrühriges nicht bekannt ist, bei Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pf. und eines Wochenbeitrages von 25 Pf. bzw. 35 Pf. gegen Empfang eines Quittungsbuches. Der Austritt erfolgt durch bloße Anzeige an den Vorstand. Der Mitgliederwechsel ist, bedingt durch die erfahrungsmäßig eintretenden großen Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte — namentlich im Kreise der „ungeraden“ Arbeiter — und durch die dadurch hervorgerufenen Ab- und Zuwanderungen der Mitglieder aus dem Bezirk der einen Filiale in den einer anderen derart rege, daß z. B. in der Filiale Moschin im November 1910 die Zahl der Mitglieder etwa 180 betragen hat, während sie noch im Sommer zuvor nur etwa 50 betrug — und sich gegenwärtig auf 80 beläuft.

Der Moschiner Filiale gehören Arbeiter sehr verschiedener Berufszweige wie Zimmerleute, Maurer, Handlanger, Ziegelftreicher und sonstige, in den großen in der Nähe von Moschin gelegenen Ziegeleien z. B. in Ludwigsberg, Budzyn und Pozegowo beschäftigte, Arbeitnehmer, aber auch gewerbliche Arbeiter entfernter gelegener Orte an. Ob und inwieweit der Filiale auch Schneider, Schuhmacher, Sattler, Bäcker, Fleischer und andere Handwerker angehören oder zur in Rede stehenden Zeit angehört haben, hat nicht festgestellt werden können. Grundsätzlich hätte ihrer Aufnahme ein Hindernis nicht entgegengestanden.

Besondere, über die Verbandszwecke hinausreichende persönliche Beziehungen unter den Mitgliedern einer Filiale oder den Mitgliedern einer Filiale zu den Mitgliedern anderer Filialen bestehen nicht. Es ist anzunehmen, daß jeweilig eine Anzahl von Mitgliedern einer Filiale sich überhaupt nicht kennen. In jeder Filiale finden regelmäßige Versammlungen statt, zu denen außer eingeführten Gästen jedes Mitglied der ganzen Berufsvereinigung, das sich als solches ausweist, Zutritt hat.

Zu einer solchen Versammlung am 23. Oktober 1910 im Stefanowicz'schen Saale, deren Termin übrigens durch das Verbandsblatt, die Gazeta Grudziowska, bekannt gemacht wurde, hatte Ejeszula, nachdem der bisherige Vorsitzende Stachowiak sein Amt niedergelegt hatte, durch mündliche Mitteilung an die Mitglieder

eingeladen und hatte sie eröffnet. Nach erfolgter Wahl übernahm der Angeklagte Konatkowski den Vorsitz und die weitere Leitung der Versammlung. Sämtliche Angeklagten ergriffen während deren Verlauf das Wort, wobei sie sich der polnischen Sprache bedienten. Zugewogen waren nach den unwiderlegbaren Angaben der Angeklagten außer förmlich eingeführten Gästen nur Mitglieder der „Polnischen Berufsvereinigung“, etwa 50 bis 60 an der Zahl, deren Zutritt durch zwei an der Eingangstür stehende Männer überwacht wurde. An der Tür hat nach den Angaben der Angeklagten ein Schild mit der Aufschrift „Geschlossene Gesellschaft“ gehangen. Die Versammlung war nicht polizeilich gemeldet.

Moschin ist ein Ort, in dem der Gebrauch einer nicht deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen nach vorheriger Anzeige erlaubt ist.

Diese gesamten Feststellungen werden durch die Angaben der Angeklagten bestätigt.

Danach haben sich diese des Vergehens wider §§ 12, 19³ R. V. G. schuldig gemacht. Die Personen, die sich zur Versammlung eingefunden hatten, bildeten keine „rein formlose, unverbundene Menschenmenge“, waren vielmehr in Verfolg gemeinsamer bewußter Ziele und Zwecke in nicht geringer Zahl (50 bis 60 Personen) zusammengekommen und stellten sich vielmehr als Versammlung im Sinne des R. V. G. dar.

Trotz dieser die Anwesenden zur Verfolgung eines Zweckes vereinigenden Momente war die Versammlung aber eine im Sinne des Gesetzes öffentliche. Auf die Art der Zusammenberufung außer durch das Verbandsblatt durch mündliche Einladung des Veranstalters an einzelne Mitglieder mit der Beifügung, die Einladung an andere Mitglieder weiterzugeben — vermöge deren übrigens der Veranstalter die Bestimmung der Eingeladenen teilweise aus seiner Hand gab, kommt es für den Begriff nicht entscheidend an.

Ohne besondere Erheblichkeit für die Frage, ob das Merkmal der Öffentlichkeit vorliegt, ist es ferner, ob die Versammlung als eine Vereinsversammlung berufen ist, „da auch eine Vereinsversammlung, wenn sie die Merkmale einer öffentlichen Versammlung trägt, als öffentliche zu behandeln ist“. Andererseits genügt die Öffentlichkeit des Versammlungsortes nicht zur Annahme, daß die Verhandlung selbst eine öffentliche sei, sofern nicht etwa, was hier nicht feststellbar, jeder, der den Ort betritt, ohne weiteres als Teilnehmer an der Versammlung zugelassen ist.

Wesentlich aber ist für den Begriff der Öffentlichkeit die Unbestimmtheit des Personenkreises. Steht — abgesehen von „Gästen“, d. h. Personen, „die auf Grund persönlicher oder sachlicher Beziehung von dem veranstaltenden Verein oder dessen Mitgliedern eingeladen oder vom Verein zugelassen oder von Mitgliedern eingeführt sind“ — der Zutritt unbestimmt welchen und wievielen Personen offen, so trägt die Versammlung das Kennzeichen der Öffentlichkeit. Aber diese „Unbestimmtheit des Personenkreises“ ist, wie das Reichsgericht sagt (E. Bd. 21 S. 255), „nicht im absoluten Sinne zu verstehen“. Das Gegenteil einer öffentlichen Gesellschaft ist die geschlossene Gesellschaft. Die geschlossene Gesellschaft ist ein durch das innere Band wechselseitiger persönlicher Beziehungen in sich zusammengehaltener und nach außen bestimmt geschlossener Personenkreis (D. V. G. E. Bd. 27 S. 430, Bd. 29 S. 420). Begrifflich gefordert wird sonach das Bestehen wechselseitiger persönlicher Beziehungen unter den Mitgliedern und ferner die bestimmte Abgrenzung des Personenkreises der Mitglieder nach außen. Fehlen beide Erfordernisse, oder fehlt auch nur eins von ihnen, so ist die Gesellschaft keine „geschlossene“ mehr, die geeignet ist, „die das Wesen der Öffentlichkeit bildende

Auf solche Falschheit stützen sich die weiteren Vorwürfe des erwähnten Artikels.

Was soll man davon halten?

Der apostolische Stuhl, der höchste Hirt des Christentums, die Bischöfe der ganzen katholischen Welt, unsere Diözesanbehörden empfehlen die katholischen Arbeitervereine, wir arbeiten rechtschaffen, wie unsere Satzungen und unsere Rechenschaftsberichte besagen, an der Verteidigung und Verbreitung der Religiosität und der guten Sitten in enger Fühlung mit der Kirche, an der Unterstützung der Interessen der Mitglieder — und jene Herren, die doch Katholiken sein wollen, möchten unsere rechtschaffene Organisation vernichten.

Unsere Vereine sollen also, weil sie polnisch sind, nicht existieren, weil Tausende unserer Mitglieder nicht deutsch können, weil sie in den Sitzungen ihres Vereins in der Muttersprache verhandeln — wollen diese Herren das zerstören, was die heilige Kirche so warm empfiehlt.

Es soll also für den polnischen Arbeiter keine Vereine geben; es soll also besser sein, daß ihn der Sozialismus umgarnt und ihm aus dem Herzen den heiligen Glauben raubt; er soll also unaufgeklärt bleiben und sich um seine Person nicht kümmern!

So kann nur der Haß sprechen, wo aber bleibt das katholische Gewissen?

Aus Nr. 16 der Sila, Posen,
vom 25. August 1911.

Labischin.

Am Sonntag, den 13. d. Mts., ist hier selbst eine Filiale der Polnischen Berufsvereinigung gegründet worden. Die Versammlung, zu welcher Herr Szymczak die Interessenten schriftlich eingeladen hatte, fand in der alten Schule statt. Es hatten sich gegen 50 Gäste eingefunden. Als Delegierter war Herr Grabiszewski aus Bromberg erschienen. Zum Leiter der Versammlung wählte man Herrn Szymczak, der Herrn Pinczewski zum Protokollführer ernannte. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben worden war, erteilte der Vorsitzende Herrn Grabiszewski das Wort, der in eingehender Weise die Bedeutung, Ziele und Bestrebungen der Vereinigung erläuterte. In der Diskussion sprachen die Herren Szymczak, Grabowski und Propst Kłos. Der geehrte Redner appellierte in warmen Worten an die Versammelten, recht zahlreich dem Verbande beizutreten und die Pflichten als Mitglieder der Vereinigung zu erfüllen. Zur Aufnahme meldeten sich 30 Personen. In den Vorstand wurden gewählt:

Szymczak, Vorsitzender,
Jesionowski, Schriftführer,
Pinczewski, Kassierer.

Die Labischiner Filiale berechtigt zu den besten Hoffnungen; Brüder, Arbeiter, tretet daher zahlreich unter die Fahne der Polnischen Berufsvereinigung.

Aus Nr. 133 des Postep (Posen)
vom 25. August 1911:

Eine neue polnische Organisation.

In einer zahlreich besuchten und in Bromberg abgehaltenen Versammlung der hervorragendsten politischen Agitatoren Westpreußens und der nördlichen Kreise des Großherzogtums wurde eine nationale Volkspartei gegründet. Diese stützt sich auf das Programm des polnischen nationaldemokratischen Ver-

eins in Posen und hat beschlossen, mit diesem im Prinzip Hand in Hand zu gehen.

In den Vorstand sind folgende Herren gewählt worden: Dr. Karasiemowicz aus Tuchel als Vorsitzender, M. Gruszczyński aus Hohenjalsa als stellvertretender Vorsitzender, J. Teska aus Bromberg als Schriftführer, Johann Bona aus Graudenz als Stellvertreter und Rechtsanwalt Szychowski aus Graudenz als Schatzmeister.

Den Rat bilden folgende Herren: Propst Grylewicz aus Slesin, Vorsitzender, Josef Czynowski aus Danzig, Thomas Rogalla aus Berent, Redakteur Kowalski aus Stargard, Bloch aus Graudenz, Wojtanowski aus Krusin, Fr. Gintrowski aus Czersk, Vincent Rogalla aus Biella, Zygmantowski aus Rakel, Johann Wojewodzki aus Patojch, K. Milewski aus Argenu, Dr. Biziel und Ludwig Sosnowski aus Bromberg. Außerdem gehören in den Rat noch zwei Agitatoren, deren Namen wir aus wichtigen Gründen nicht nennen.

Hieran knüpft der Kurjer P o z n a n s k i in der gleichen Nummer folgende Bemerkung:

Wie aus der Mitteilung hervorgeht, verbindet das Programm die nationale Volkspartei mit dem polnischdemokratischen Verein. Unter den Mitgliedern des Vorstandes und des Rats figurieren auch einige Mitglieder des polnischdemokratischen Vereins aus Westpreußen und den Nordmarken des Großherzogtums. Das Inzestretreten der neuen Organisation erklären ihre Gründer mit den abweichenden Verhältnissen in den Grenzmarken und mit der Entfernung der Grenzmarken vom Zentrum des politischen Lebens in unserm Landesteil. Die Mitteilung hebt hervor, daß die nationale Volkspartei beschlossen habe, im Prinzip mit dem polnischdemokratischen Verein Hand in Hand zu gehen. Das wird wirklich im Interesse nicht nur der demokratischen, sondern überhaupt der nationalen Sache liegen; denn dadurch wird nicht eine Loslösung, sondern eine Annäherung der Grenzmarken an den Rest unseres Landesteils und umgekehrt eintreten. Daran muß man ständig denken und danach bewußt streben, dann wird das der ganzen Volksgemeinschaft Nutzen bringen und die demokratischen Grundlagen unserer nationalen Politik stärken.

Aus Nr. 194 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 25. August 1911:

Unter der Überschrift:

Was erstrebt die neue Organisation?

veröffentlicht der Dzien. Bydg. über die Ziele der neuen polnischen nationalen Volkspartei folgendes:

Wer das Programm des polnischen demokratischen Vereins in Posen kennt, dem müssen die Ziele und die Aufgaben der nationalen Volkspartei, die sich auf dieses Programm stützt, von vornherein bekannt sein. Letzteres besagt nämlich klar und deutlich folgendes: Zweck der nationalen Volkspartei ist Zusammenschluß der volksparteilichen Elemente zwecks Verteidigung der nationalen Existenz nebst Arbeit an der Entwicklung des polnischen Elements im Deutschen Reiche, und zwar nach dem Grundsatz der nationalen Sonderstellung und auf volksparteilicher Grundlage im volksparteilichen Geiste. Das bedeutet, daß die Organisation der volksparteilichen Elemente vor allen Dingen die Verteidigung unserer Existenz auf das Volk stützt. Ein national, politisch und sozial aufgeklärtes Volk, welches gleich den andern Schichten der Gesamtheit am Gesamtleben teil nimmt und seine vollen bürgerlichen Rechte auch ganz ausnützt, ist das Ideal, nach welchem die Partei strebt.

Das Programm sagt darüber folgendes: Ein moralisch und körperlich gesundes und aufgeklärtes Volk ist die festeste Grundlage unseres sozialen Gleichgewichts und unseres nationalen Lebens.

Darauf könnte jemand antworten: Das ist doch klar wie die Sonne am Himmel. In diesem Satz steckt doch keine Offenbarung. Jeder Patriot versteht dieses und jeder strebt nach Aufklärung unseres Volkes, in welchem er eine große Macht sieht.

Es irrt jedoch, wer so urteilt. Es kann allerdings nicht geleugnet werden, daß die Arbeit an der nationalen Aufklärung unseres Volkes bei uns älter ist als die volksparteiliche Bewegung. Auch heute noch arbeitet in dieser Richtung so mancher Agitator, welcher entweder keiner politischen Partei angehört oder nur konservativen Anschauungen huldigt. Zwischen der Arbeit dieser Elemente und der Arbeit der Volksparteiler besteht jedoch ein bedeutender Unterschied. Die ersteren streben allerdings ehrlich nach der Aufklärung des Volkes in nationaler Hinsicht, sehen jedoch das Volk sozusagen als ein Kind an, welches immer am Gängelbande geführt werden müsse, damit es nicht unter die Räder der Politik gerate. Dieses kann namentlich bei den Wahlen beobachtet werden, bei welchen das selbständige Auftreten einzelner aus Volkskreisen sehr ungern gesehen wird. Nach der Anschauung der Leute alten Datums, der Konservativen, soll das Volk nationales Bewußtsein erlangen, um die nationalen Pflichten erfüllen zu können. Von den Rechten des Volkes ist jedoch in dem Programm keine Rede.

Anders fassen diese Sache die Volksparteiler auf. Sie arbeiten daran, das Volk in jeder Hinsicht so aufzuklären, daß es befähigt wird, über sich selbst zu bestimmen. Nach ihrer Anschauung soll das Volk nicht nur die Pflichten tragen, sondern auch die Rechte der Bürger besitzen. Bei den Wahlen z. B. soll es nicht nur seiner Wahlpflicht genügen, sondern auch das Recht haben, zu bestimmen, wen es zum Abgeordneten haben will. Bisher haben gewisse Schichten den Wählern die Abgeordneten aufgedrängt, Schichten, die infolge Fehlens der politischen und bürgerlichen Aufklärung in den Schichten des Volkes unumschränkt herrschten und nach dem Willen der Wähler nicht fragten.

Gerade hierin offenbart sich der grundsätzliche Unterschied der politischen Richtungen und der Ziele, welchen die Organisation der Volksparteiler zustrebt.

Unsere Gegner behaupten gewöhnlich, daß die Volksparteiler, welche dem oben erwähnten Ziele zustreben, den nationalen Frieden zerstören. Dieser Vorwurf ist von Grund aus falsch, denn das Programm bejagt, daß „die nationale Volkspartei bestrebt ist, mit dem Rest der eigenen Gesamtheit und den andern polnischen Lagern und Gruppen in engster Fühlung zu bleiben.“

Wie also gedenkt die nationale Volkspartei zu arbeiten? Darauf gibt das Programm folgende Antwort: Sie will:

1. Die politische Passivität und Gedankenlosigkeit und die politische Oberflächlichkeit bekämpfen; gegen die Versumpfung des politischen Lebens durch Vermengung des Privatlebens mit politischen Angelegenheiten auftreten;
2. den polnischen Sinn wecken, ausbilden und vertiefen;
3. das bürgerliche Pflichtbewußtsein wecken, welches befiehlt: die Teilnahme am öffentlichen Leben und Verbreitung des Opfersinns für öffentliche Zwecke, Aufmunterung der breiten Massen in diesem Sinne mit persönlicher Betätigung nach dieser Richtung hin;

4. den politischen Charakter bilden, das heißt: das Volk erziehen, daß es einerseits den Mut der freien Meinungsäußerung besitzt und dieselbe öffentlich verteidigt, andererseits, daß es Pflichtbewußtsein in öffentlichen Angelegenheiten zeigt, was leichtfertige, in seinen Folgen für die Gesamtheit schädliche Schritte verhindert.

Wir bringen die obigen Punkte des Programms, damit unsere Anhänger erfahren, welchen Charakter unsere Organisation besitzt und wohin sie strebt. Wer mit unseren Zielen und Aufgaben einverstanden ist, der möge uns beitreten. Wir hoffen, daß wir in nicht allzulanger Zeit eine mächtige Organisation schaffen werden, welche in nicht geringem Maße dazu beitragen wird, unsere politische Tätigkeit zu beleben und zu vertiefen.

Aus Nr. 194 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. August 1911:

In Sachen der neugegründeten nationalen Volkspartei

meint das Blatt u. a.

„... Wir gehen für's Erste nicht darauf ein, ob die Gründung dieser neuen Organisation einem tatsächlichen Bedürfnis der Volksgemeinschaft, besonders im gegenwärtigen Moment entspricht. Unseres Erachtens tragen, was wir mehrfach ausgesprochen haben, unter unfren Verhältnissen neue politische Organisationen in der größten Zahl der Fälle weniger zur Belebung des nationalen Lebens, als zur Stärkung der inneren Gegensätze, zur Schwächung der Solidarität bei der nationalen Verteidigung bei.

Aus diesem Grunde blicken wir mit einem gewissen Skeptizismus, ja sogar mit einer gewissen Befürchtung auf die politische Neuschöpfung, die vor einigen Tagen in Bromberg das Licht der Welt erblickt hat. Wenn es sich nämlich um die Belebung der nationalen und politischen Tätigkeit in den vom Hauptzentrum des nationalen Lebens, Posen, mehr entfernten, an sich wenigstens bis zu einem gewissen Grade in abweichenden Verhältnissen befindlichen Gegenden handelte, so gab es doch weit einfachere Mittel, um dem Übel abzuhelpen, als die Schaffung einer neuen Partei.

Es unterliegt nämlich keiner Frage, daß diese neue Partei, die sich von vornherein die nördlichen Gegenden des Großherzogtums und Westpreußen als ihr Tätigkeitsfeld gewählt hat, nolens volens zur Stärkung der zentrifugalen Tendenzen, und damit zu einer gewissen Schwächung der energischen und solidarischen Verteidigungsaktion der ganzen Volksgemeinschaft beitragen wird.

Aber urteilen wir nicht vorschnell. Mit dem entscheidenden Urteil über die neue politische Organisation muß man bis zu dem Augenblick zurückhalten, wenn sie ihre praktische Tätigkeit entfalten wird. Dann erst wird es sich zeigen, ob und inwieweit die Zweifel berechtigt gewesen sind, mit denen wir heute ihr Entstehen begrüßen.

Aus Nr. 193 des Lech (Gnesen)
vom 24. August 1911:

Achtung vor einem Agenten!

Ein gewisser Nowicki aus Hohenfalza, Schuhmacher von Beruf, meldete sich für ein 500 Morgen großes Vorwerk in der Umgegend von Gnesen als Reflektant und wollte eine Anzahlung von 70 000 Mark in bar leisten. Er war sogar damit einverstanden, eine Konventionalstrafe zu zahlen, falls das Gut im Laufe

von 3 Jahren in fremde Hände übergehen sollte. Sein Verhalten beim Kontraktabschluß und seine geheimen Unterhandlungen mit einer dritten, niemandem bekannten Persönlichkeit, weckten das Mißtrauen des Besitzers, der auch vom Verkauf zurückgetreten ist. Auf die Frage, woher er ein so großes Vermögen besitze, antwortete Nowicki, daß er einige Jahre in Amerika gewesen sei und dort ein Vermögen erworben habe. Unsere Informationen bestätigten nicht die Angaben des Nowicki. Wir halten es daher für unsere Pflicht, die Wirte vor Nowicki, den wir für einen Agenten der Ansiedlungskommission halten, zu warnen.

Aus Nr. 193 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 25. August 1911:

Aus der Samterschen Gegend, 23. August.
Im Dorfe Jastrowo, dicht bei Samter, bekam der Wirt Valentin Jędrzejczak von seiner Schwiegermutter eine 70 Morgen große Wirtschaft in der 8 Kilometer von Samter entfernten Gemeinde Karolin. Das an die betreffende Gemeinde grenzende Vorwerk Karolin hat vor einigen Jahren der Besitzer Bilslein an die Ansiedlungskommission verkauft und es von ihr abgepachtet. Als Pächter ist er dabei Vertrauensmann der Ansiedlungskommission und er sucht Wirte auszu-kaufen. Bisher gelang es ihm nur, zwei oder drei Deutsche in Klein-Gaj auszu-kaufen; die Polen halten sich augenblicklich. Jędrzejczak, der eine 70 Morgen große Wirtschaft in Jastrowo besitzt, beabsichtigt die in Karolin belegene zu verkaufen. Bilslein hat sich auf diesen Fleck Landes verspißt und will ihn durchaus von Jędrzejczak kaufen. Er bietet etwa 600 Mark für den Morgen.

Von diesen Manipulationen erzählt man sich laut in Samter und Umgegend. Auch der Wirt Josef Skotarczak aus Gorka, ein ziemlich vermögender Mann, erfuhr davon. Er ging zu Jędrzejczak und handelte um die Wirtschaft in Karolin. Als sie den Preis vereinbart hatten, bestellte Skotarczak den Jędrzejczak auf den folgenden Tag zum Notar, fuhr nach Samter zum Distriktskommissar und fragte ihn, ob Bilslein bzw. die Ansiedlungskommission ihm die Wirtschaft in Karolin abkaufen würden. Der Kommissar, erfreut darüber, daß man die Wirtschaft so glatt bekommen werde, versicherte dem Skotarczak, daß die Übereignung an die Ansiedlungskommission sofort erfolgen könne, wenn nur die Punktation beim Notar abgeschlossen sein würde. Sie führten den Handel im Zimmer neben dem Bureau, die Tür stand sogar etwas offen. In dieser Zeit kam zufällig ein gewisser Bürger ins Bureau und hörte die ganze Manipulation mit an. Er erledigte sein Geschäft schneller und jagte ganz entrüstet nach Jastrowo zu Jędrzejczak, um diesen zu warnen. Der Kommissar hatte dem Skotarczak nämlich geraten, daß er die Sache nur ja noch an demselben Tage mit Jędrzejczak erledigen solle. Jędrzejczak erlag, obwohl er geldgierig ist, der Versuchung nicht, er erklärte dem Skotarczak vielmehr, er werde seine Wirtschaft noch nicht verkaufen. Am Abend desselben Tages fuhr der Geistliche Puz zu Jędrzejczak, und momentan ist die Gefahr beschworen; ich wiederhole: momentan, denn Jędrzejczak muß verkaufen, da er zwei Wirtschaften nicht beaufsichtigen kann. Die Polen bieten 200 Mark für den Morgen, das ist schon ein ziemlich hoher Preis. Den Skotarczak wollen wir uns jedenfalls für immer merken. Dem aber, welcher durch seinen bürgerlichen Eifer die Wirtschaft gerettet hat, sei Preis!

Aus Nr. 192 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 24. August 1911:

Wie die „Wohltaten“ der „Mittelstandskasse“ aussehen!

Międzyzyczyn, den 20. August.

Geehrter Herr Redakteur!

In Nr. 184 des Goniec Wielkopolski habe ich die Beschreibung meiner Angelegenheit gelesen. Diese Beschreibung ist nicht ganz richtig und könnte mir und der polnischen Volksgemeinschaft Schaden bringen. Daher will ich diese Angelegenheit genau angeben.

Ich kaufte in der Subhastation in Schrimm die Wirtschaft, welche der Familie Klem gehörte. Die Mittelstandskasse, welche meinem Vorgänger vom Kommissarius in Dolzig empfohlen wurde, hat die Hypotheken auf dieser Wirtschaft geregelt. Da K. sich in sehr traurigen Verhältnissen befand, war er froh, daß er Geld bekommen konnte. Er fragte nicht, von wem und unter welchen Bedingungen ihm die Mittelstandskasse 6700 Mk. geliehen hat — 6300 Mk. hat die Mittelstandskasse auf dies Grundstück am 25. Februar d. Js. als „Sicherheitshypothek“ eingetragen.

Die Subhastation war bekanntgemacht. Es fanden sich gegen 40 Personen: Deutsche, Juden, vor allen Dingen — Polen ein. Bei der Versteigerung hat keiner geboten, nur ein Deutscher, ein Jude und ein Pole, die ihr Geld nicht verlieren wollten und noch zwei Polen. Da ich von diesen Bieterern das höchste Angebot machte, wurde mir die Wirtschaft zugeschlagen. Nun fing man an, mich zu ängstigen, daß man mir die Wirtschaft nehmen werde, daß ich mein Geld verlieren werde, denn die Mittelstandskasse gab das Vorkaufsrecht der Ansiedlungskommission, was hypothekarisch festgelegt wurde.

In der Subhastation war auch ein Vertreter der Ansiedlungskommission zugegen, auf den sogar der Richter gewartet hat und den er fragte, ob er kaufen wolle. Dieser verneinte. Ich fragte den Richter, ob es mir erlaubt sei, die Wirtschaft zu behalten, weil mich die „Busenfreunde“ so ängstigten, und der Richter antwortete vor Zeugen, daß es jedem erlaubt sei, zu kaufen, er sei Pole, Jude oder Deutscher. Die Wirtschaft sei dem Meistbietenden verkauft worden, und von dem Augenblick an sei ich der Besitzer und nach acht Tagen werde die Auflassung erfolgen. Auf Grund dieser Erklärung ließ ich mich nicht abschrecken.

Vor der Subhastation hielten der Pastor aus Sandberg und die Deutschen aus Międzyzyczyn — es sind ihrer noch sechs — drei Wochen lang Zusammenkünfte ab und beratschlagten, um nur einen Polen nicht zuzulassen. Indes bot ich vor der Subhastation viel mehr — doch es kam zu keinem Vergleich. Bei der Subhastation waren auch jene sechs Deutsche zugegen, denn sie dachten, daß die Mittelstandskasse die Wirtschaft ihnen umsonst geben würde.

Was geschieht indes am nächsten Tage? Jene Deutschen wandten sich nebst dem Pastor im Geheimen an die Mittelstandskasse, höchstwahrscheinlich, um mir die gekaufte Wirtschaft auf irgendeine Weise wegzunehmen. Von der Mittelstandskasse angefragt, ob ich ein tüchtiger Wirt sei, sollen sie bejahend geantwortet haben. Daraufhin soll man gesagt haben: Möge er also eine gewisse Zeit hindurch die Wirtschaft in Ordnung bringen, dann werden wir sie ihm wegnehmen. Zwei Tage später erhalte ich von ihnen ein Schreiben, ihnen oder einem andern Deutschen die Wirtschaft zu verkaufen, sonst würde ich die Wirtschaft der Ansiedlungskommission abgeben müssen. Ich gab keine Antwort. Ich fragte

Rechtsanwälte, welche sich bezahlen ließen, um Rat. Diese rieten mir, zu verkaufen, denn man werde mir die Wirtschaft abnehmen und ich würde Verluste haben. Ich bin jedoch nicht kleinmütig geworden, obwohl ich jung bin und erst 29 Jahre zähle. Vielleicht sind die Herren selber neugierig, wie die Sache ausfallen wird; sie baten mich, ihnen über den Ausgang der Sache zu berichten.

Gott gab mir noch Hoffnung. Ich begab mich zu unserem tüchtigen Abgeordneten, Rechtsanwalt Herrn Trampeczynski. Dieser Herr hat sich väterlich meiner Sache angenommen und mir frischen Mut eingebläht.

Im Juni erhalte ich von der Ansiedlungskommission ein Schreiben, meine Wirtschaft einem Deutschen zu verkaufen, da man sonst kraft des hypothekarisch aufgenommenen Vorkaufsrechts mir die Wirtschaft abnehmen werde, falls ich nicht bis zum 20. Juni meine Wirtschaft freiwillig verkauft haben würde. Auch vom Pastor aus Sandberg erhielt ich ein Schreiben des Inhalts, meine Wirtschaft freiwillig zu veräußern.

Ich antwortete niemandem, und alles blieb ruhig; bis ich Anfang August ein Schreiben erhalte, daß drei Herren kommen würden, um meine Wirtschaft zu taxieren. Und so geschah es auch. Sie taxierten dieselbe auf 24432 Mark und ich gab 24000 Mark. Von dieser Taxe kann im gegebenen Falle die Ansiedlungskommission noch 15 % abziehen, die Auslagen und Gerichtskosten nicht mit eingerechnet, die einige Tausend Mark betragen. Die Taxe der Ansiedlungskommission ist niedrig, denn die Wirtschaft ist gut und hat guten, wenn auch sehr vernachlässigten Boden. Es gibt viel Quecken und wenig Roggen. Deutsche und polnische Käufer gaben für den Morgen dieses Landes ohne Gebäude durchschnittlich 600 Mark, die Taxatoren schätzten den Morgen auf 400 Mark und drangen in mich, freiwillig zu verkaufen, oder nach Posen zu kommen und durch einen Rechtsanwalt der Ansiedlungskommission Vollmacht zu erteilen, für eine von mir angegebene Summe die Wirtschaft zu verkaufen. Wenn ich dieses nicht tue, so werde die Ansiedlung gezwungen sein, mir die Wirtschaft zu nehmen.

Sie haben das alles aufgeschrieben und unterschrieben und forderten mich auf, auch zu unterschreiben. Ich habe trotz der besten Unterhaltung beim Glase Wein die Unterschrift verweigert. Und so schieden wir. Bisher habe ich von ihnen keine weiteren Nachrichten erhalten. Im Mai d. Js. hat die Ansiedlungskommission ohne mein Wissen sich das Vorkaufsrecht hypothekarisch eintragen lassen, wogegen ich Protest erhoben habe. Die Sache kam vors Landgericht; mein Protest wurde als unbegründet zurückgewiesen, und ich mußte die Kosten in Höhe von 66 Mark tragen.

So verfahren die Deutschen mit uns Polen! Würde ich nachgeben und verkaufen, so würde ich vielleicht noch was verdienen können, denn es melden sich genug deutsche Käufer. Ich denke jedoch nicht daran zu verkaufen, ich will lieber verlieren und meinen Willen durchsetzen, denn es geht hier nicht um mich allein, sondern auch um die polnische Gesamtheit. Sichern wir uns, so wird kein Pole sich mehr Angst einjagen lassen. Es fällt mir allerdings schwer, in den Boden Geld zu stecken, da ich doch nicht weiß, ob ich davon Nutzen ziehen werde. Stecke ich wiederum in den Boden nichts, so werde ich keine Ernte haben. — Und dazu kommen noch immerzu Kosten und diese müssen bezahlt werden! Aber man darf sich doch nicht zertreten lassen. Jener Deutsche, Kliem, der aus Armut trank, starb noch vor der Subhastation. Die Witwe blieb mit sechs kleinen Kindern ohne Brot. Überdies fielen gegen 3000 Mark der Gläubiger aus, und das alles dank der „Mittelstandskasse“!

Der geehrten Redaktion übersende ich die herzlichsten Grüße und wünsche ihr das beste Wohlergehen.

Lorenz Stawicki,
in Mszczyszyn bei Dolzig.

Aus Nr. 35 der Praca (Posen)

vom 27. August 1911:

Aus Anlaß der Haftentlassung des Propstes Gryglewicz, Elesin, schreibt die Praca folgendes:

Indem wir den hohen seelsorgerischen und bürgerlichen Tugenden des Propstes Gryglewicz die verdiente Verehrung zollen, wünschen wir gleichzeitig unseren Standpunkt gegenüber der von gewisser Seite vorgeschlagenen Reichstags-Kandidatur des verdienten Seelsorgers-Märtyrers klarzulegen.

Wir wissen es genau, daß Propst Gryglewicz die Abgeordnetenwürde nicht wünscht und in seiner Bescheidenheit sich keine diesbezüglichen Eigenschaften zuschreibt. Darüber hinaus absorbiert die seelsorgerische Tätigkeit seine durch die Festungshaft erschütterte Gesundheit vollständig. Wir sind daher der Meinung, daß man einen Mann, der sich einen friedlichen Lebensabend verdiente, nicht dem Wahllärm preisgibt und ihm Pflichten auferlegt, die, falls sie gewissenhaft erfüllt werden sollen, neben den entsprechenden Qualifikationen auch eine gute Gesundheit erfordern.

Der Gedanke, dem verdienten Geistlichen Anerkennung zu zollen, ist sehr lobenswert und es gibt in der Tat keine bessere Anerkennung, als das Vertrauen der Gesamtheit, welches sich darin offenbart, daß man die betreffende Person mit der Abgeordnetenwürde betraut. Das Abgeordnetenmandat hat jedoch bei uns schon längst aufgehört, ein die Brust der Verdienten schmückender Orden zu sein. Die Gesamtheit muß verlangen, daß man dieses Amt nicht als Belohnung für Verdienste, welche auf einem andern Gebiete erworben worden sind, sondern in der Überzeugung verleiht, daß der Ausgewählte der Gesamtheit den damit verbundenen Pflichten voll und ganz genügt. Was uns betrifft, so müssen wir gestehen, daß uns die Grundlage zur Bildung eines ausreichenden Urteils über die Abgeordnetenqualifikationen des Propstes Gryglewicz fehlt. Wir wissen es aber positiv, daß Propst Gryglewicz sich selbst den Besitz derselben in zureichendem Maße nicht zuschreibt und daß die Frage seiner Kandidatur ihm einerseits angenehm ist, insofern er darin den Beweis des Vertrauens und das Bestreben der Entschädigung für die im nationalen und religiösen Interesse gebrachten Opfer sieht, andererseits ist sie ihm aber höchst unwillkommen, weil er sich nicht kräftig genug fühlt, das Amt gehörig zu versehen, das ihm der gute Wille seiner Anhänger anvertrauen will.

Unseres Erachtens dürfte man die Kandidatur des Propstes Gryglewicz in uns sicheren Bezirken nicht aufstellen, sondern dort, wo unsere Chancen sehr klein sind — z. B. im Bromberger Bezirk. Der populäre Name des verdienten Priesters wird dort zweifelsohne alle Wähler mobilisieren, und der verdiente Priester wird auf diese Weise ein Vertrauensvotum, welches ihm in vollem Maße gebührt, erhalten.

Aus Nr. 34 des Robotnik (Posen)

vom 27. August 1911:

Neustadt a. W.

In der am 20. August abgehaltenen Generalversammlung wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

R. Stupżyński, Vorsitzender,
P. Janiszewski, Schriftführer,
St. Kwieciaf, stellvertr. Schriftführer,
J. Włodarczyk, Kassierer,
W. Michalski, Bibliothekar.

Aus Nr. 34 des Robotnik (Posen)
vom 27. August 1911:

Schroda.

In der Generalversammlung unseres Vereins
wurde Stanislaus Szalapienia zum Kassierer und
Adalbert Jarzyna zum Bibliothekar gewählt.

Aus Ost- und Westpreußen.

Berichtigung.

Auf Seite 861 des Gef. üb. Nr. 34 vom
29. August 1911, linke Spalte unter „Aus Ost- und
Westpreußen“ muß es in Zeile 4 von oben statt
„kommunalen“ „kommenden“ heißen.

Aus Nr. 102 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 26. August 1911:

Hinsichtlich der für Westpreußen und den
Norden der Provinz Posen in Bromberg neu
gegründeten polnischen

„nationalen Volkspartei“

schreibt die Gazeta Gdanska u. a. folgendes:

Die neue Partei beabsichtigt, wie aus der uns
zugefandten kurzen Mitteilung hervorgeht, mit dem
polnischen demokratischen Verein in Posen Hand in
Hand zu gehen. Daher stellt sie keine neue politische
Richtung dar, sondern nur der Zweig unserer Volks-
gemeinschaft, der die demokratische Überzeugung vertritt,
teilt sich in zwei Lager und wird zwei Vorstände
haben — den einen in Posen und den anderen in
Bromberg. Daß der polnische demokratische Verein
mit dem Sitz in Posen den nördlichen Grenzmarken
der Provinz Posen und der Provinz Westpreußen nicht
soviel Aufmerksamkeit geschenkt hat, wie es sich gehört
hätte, ist sicher, aber daraus ist noch nicht das
Bedürfnis entsprungen, einen ihm ähnlichen neuen
Verein zu gründen. Diesem Mangel hätte die Gründung
einer besonderen Sektion für die Nordmark Posens
und für Westpreußen abgeholfen, die sich auf der
Grundlage des Programms des polnischen demokratischen
Vereins mit ihren Angelegenheiten befaßt hätte.

Hierbei fällt einem das Sprichwort ein: „Wo es
sechs Köche gibt, gibt es nichts zu essen“. Bei
uns kommt das sehr häufig vor, wir haben wenig
Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete, aber dafür
immer mehr Parteien und noch mehr Vorstände. Mit
anderen Worten, es gibt immer mehr solche Leute, die
regieren und befehlen wollen, während die Personen,
die gehorchen sollen, an Zahl nicht zunehmen. Von
diesem Gesichtspunkte aus behandelt auch die Posener
Presse, soweit sie schon bisher dazu Stellung genommen
hat, die Angelegenheit der Gründung der „neuen“
Partei, sie spricht aber die Hoffnung aus, daß sich die
Volkspartei und der polnische demokratische Verein
bald zu einem Ganzen zusammenschließen werden. Im
Interesse der Sache und besonders mit Rücksicht auf
die bevorstehenden Wahlen müßte man es schnellstens
herbeiwünschen.

Aus Nr. 103 der Gazeta Grudziadzka, Graudenz
vom 29. August 1911:

„Eine neue Partei“

überschreibt sich ein Artikel der Gazeta Grudziadzka,
der hinsichtlich der neuen

nationalen Volkspartei

u. a. folgendes schreibt:

Nach den mißlungenen Kampfversuchen gegen
den Verlag der Gazeta Grudziadzka und den
Abgeordneten Kulerski ist bei unseren Gegnern der
Gedanke gereift, für Herrn Dr. Karasiewicz und sein
Leiborgan, den Dziennik Bydgoski mit samt dem
der Allgemeinheit genügend bekannten Herrn Teska
aus Bromberg, eine Partei zu gründen. Herr
Dr. Karasiewicz hat das Bedürfnis empfunden, eine
Partei für sich zu gründen, die seine Bestrebungen
verdecken soll. Die Leitung der Partei ruht auch in
den Händen dreier unserer Gegner: der Herren
Dr. Karasiewicz, Teska und Bona. Daß sie sich
aber einige politisch bisher unbekannte Leute hinzu-
genommen haben, muß man der Schlaueit des Herrn
Dr. Karasiewicz zuschreiben, der nach dem Beispiel
des Hochmeisters der Kreuzritter, der in der Schlacht
bei Grunwald ein Schild in Gestalt irgend eines
Bildes vor sich getragen hat, gegen das niemand die
Hand zu erheben wagte, den sehr verehrten Propst
Grygliewicz aus Elesin, der als Vorsitzender des
Beirats eingesetzt worden ist, als einen derartigen
Schutz betrachtet. Uns wird aber die Art und Weise
des Vorgehens des Herrn Dr. Karasiewicz nicht be-
irren.

Aus Nr. 103 der Gazeta Grudziadzka, Graudenz
vom 29. August 1911:

Krofodilstränen

vergießen die hafatistischen Blätter, natürlich auch
der Gesellige in Folge des Übergangs einiger deutscher
Güter in Ostpreußen in polnische Hände. Diese
polenfreierischen Blätter erheben ein Geschrei, als
wenn das „faterland“ schon in Trümmer zerfallen
sollte, und das nur zu dem Zweck, damit den Polen
verboden werde, Grund und Boden zu erwerben.
Was für eine Frechheit! Nicht genug, daß das
ungerechteste Gesetz in der Welt, das Gesetz betr. die
Enteignung der Polen von ihrem väterlichen Grund
und Boden beschlossen worden ist, möchten diese polen-
freierischen Reptilien noch haben, daß es den Polen
überhaupt verboten sein solle, Grund und Boden zu
erwerben. Wo sollen denn die Polen bleiben, wenn
sie aus ihren urewigen Sitten vertrieben werden?
Sie sollen sich wohl auf dem Mond niederlassen!
Aber danach fragen diese Reptilien nicht, es geht sie
auch nichts an, wovon die Polen ihre Familien
ernähren und die Steuern bezahlen sollen. Die Polen
können elend zu Grunde gehen, wenn es nur den
Polenfreierern gut geht, und sie aus dem Haken gegen die
Polen — und das ist das Wichtigste, das ist die
Grundlage — den größten Nutzen ziehen. So sieht
die hafatistische Gerechtigkeit aus. Und solche Leute
nennen sich Christen, für die die Gebote der Gottes-
und Nächstenliebe doch verbindlich sind. Eine schöne
Auffassung haben die Hafatisten von diesem wichtigsten
Gebot Gottes! Gottes Mühlen mahlen langsam, aber
gerecht!

Aus Nr. 103 des „Pielgrzym“ (Pielplin.)

vom 29. August 1911:

Der Zentrumswolf!

Das Danziger Westpreussische Volksblatt, welches uns gegenüber noch unanständiger auftritt, als ein echt katolisch-germanisches Blatt, ist geradezu wütend darüber, daß wir das unchristliche Verhalten der germanisatorischen Geistlichen und Streber verurteilen.

Die pöbelhaften Beschimpfungen dieses uns feindlichen Zentrumswolfes rühren uns weder, noch werden wir sie beachten, sondern wir werden beharrlich den bisherigen Weg fortsetzen zur Verbesserung der unangenehmen und unerträglichen Verhältnisse. Wenn der Arzt den Körper gesund machen will, dann muß er, wiewohl es dem Kranken Schmerzen verursacht, das Geschwür aufschneiden. Und so müssen auch wir, wenn wir das Strebertum und die Germanisierungsgelüste eines Teils der deutschen Geistlichkeit ausrotten wollen, ihr unchristliches Verhalten so lange verurteilen, bis eine Wendung zum Guten eintritt, bis zur Wiedererlangung der Besinnung und Rückkehr zu den Grundsätzen der katholischen Kirche, die ihre Diener allen Nationalitäten gegenüber gerecht sein heißt.

Wenn nämlich ein solcher germanisatorischer Geistlicher und Streber entgegen der Lehre der katholischen Kirche die polnischen Kinder und das polnische Volk verdeutsch, so ist das tadelnswert.

Wenn er nach dem weltlichen Mammon jagt und für die Germanisierung eine Belohnung in Form Hunderter von Mark oder einer einträglichen Probstei erhält, so ist das tadelnswert, — das ist eines katholischen Geistlichen unwürdig.

Wenn er ein unchristliches Leben führt und damit unter den Parochianen Argernis erregt, so ist das tadelnswert.

Wenn er sich über kirchliche Einrichtungen geringschätzig ausdrückt, so ist das tadelnswert.

Wenn er über andere Geistliche, seine Konfratres, der weltlichen Behörde Mitteilungen zukommen läßt, so ist das nicht christlich — und dagegen aufzutreten und es gehörig zu verurteilen, haben wir als polnisch-katholische Zeitung nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht. — Wenn der Herr Jesus heute auf der Welt als Mensch leben würde, dann würde er sicherlich, wie ehemals, die germanisatorischen Geistlichen und Streber mit der Peitsche aus der Kirche herausjagen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß sich unsere Betrachtungen über die germanisatorischen Geistlichen nicht auf diejenigen schätzenswerten Geistlichen deutscher Nationalität beziehen, die ihre Sendung im Sinne der katholischen Kirche erfüllen, die nicht germanisieren und die nicht nach dem Mammon und nach dem Wohlwollen der Mächtigen dieser Welt jagen.

Aus Nr. 103 des Pielgrzym (Pielplin.)

vom 29. August 1911:

Die Zurücknahme einer Klage.

Der Vikar Altermann aus Br. Stargard hat uns wegen eines Artikels verklagt, in dem wir von der Korruption (Bestechung — Sittenverderbnis) unter der deutschen Geistlichkeit geschrieben haben.

Am Freitag sollte vor der Strafkammer in Br. Stargard die Verhandlung stattfinden.

Vikar Altermann erklärte vor Beginn der Gerichtsverhandlung, daß er, wie er schon in dem zu den Akten übersandten Brief erwähnt habe, den Antrag auf Bestrafung zurückziehe, da in der Verhandlung

gewiß seine persönlichen und Familienverhältnisse berührt werden würden, was ihm als katholischen Geistlichen nicht angenehm wäre. Er überreiche aber der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Bestrafung wegen anderer in letzter Zeit im Pielgrzym veröffentlichter Artikel, in welchen die ganze deutsche Geistlichkeit angegriffen werde.

Infolge der Zurücknahme der Klage hat das Gericht dem Vikar Altermann die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Dem Westpr. Volksblatt teilt jemand, dem es daran liegt, die Sache für die Prozeß-Geistlichen günstig darzustellen, mit, daß Vikar Altermann den Strafantrag deswegen zurückgezogen habe, weil die letzte dem Redakteur des Pielgrzym auferlegte Strafe sehr hoch gewesen sei.

Wir haben der Verhandlung beigewohnt, aber das haben wir nicht gehört. Und wenn Vikar Altermann das auch gesagt haben sollte, zu welchem Zweck stellt er dann neue Strafanträge? Der einzige Grund, weshalb Vikar Altermann den Strafantrag zurückgezogen hat, war die Besorgnis vor einer Kompromittierung der germanisatorischen Streber, die während der Verhandlung hätte eintreten müssen. Vor den neuen Strafanträgen des Vikars Altermann fürchten wir uns durchaus nicht. Die ganze Sache kann dadurch sogar einen Schritt vorwärts kommen, denn bei dieser Gelegenheit werden Sachen zur Sprache kommen, die auf die gegenwärtigen Verhältnisse und auf verschiedene Personen ein eigenartiges Licht werfen. In diesen Prozessen werden gegebenenfalls mehr wie ein Duzend Zeugen auftreten, und darunter zwei Persönlichkeiten, die hervorragende Stellen einnehmen.

Das Westpr. Volksblatt, welches über die von uns nach dem Dziennik Bydgoski wiederholten Artikel „Prozesse der deutschen Geistlichen“ schreibt, bemerkt, daß zur Kennzeichnung dieser Artikel die parlamentarischen Worte nicht ausreichen. Trotzdem schreibt es, daß diese Artikel niederträchtig seien, daß das eine „Niedertracht in Reinkultur“ sei! Ob diese pöbelhaften Ausdrücke ins parlamentarische Wörterbuch gehören? Das Volksblatt hat offenbar wenig Ahnung von parlamentarischen Ausdrücken.

Aus Nr. 103 des Pielgrzym (Pielplin.)

vom 29. August 1911:

Groß Trampfen.

Unter dieser Überschrift ist in Nr. 58 des Pielgrzym vom 16. Mai d. J. eine Korrespondenz aus Groß Trampfen veröffentlicht worden, die in einem Absatz eine Beleidigung des dortigen Propstes Herbst enthält.

Diese Nummer habe ich als verantwortlicher Redakteur gezeichnet.

Es tut mir leid, daß der betreffende Absatz in die Zeitung gelangt ist und ich widerrufe seinen Inhalt unter dem Ausdruck des Bedauerns.

Diese Erklärung gebe ich dem Pielgrzym und dem Westpreussischen Volksblatt ab.

Br.-Stargard, den 25. August 1911.

Jgn. Wiczorek.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 193 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 24. August 1911:

Die polnische Frau in Oberschlesien und unsere Sache.

In fast allen unseren Versammlungen und polnischen Vereinen in Oberschlesien hört man aus dem

Munde der für unsere Sache tätigen Volksvertreter Klagen und Beschwerden über die Frauen. Es wird allgemein geklagt, daß die polnische Frau in Oberschlesien mit wenigen löblichen Ausnahmen ein Hindernis auf dem Wege des nach Vertiefung des nationalen Selbstbewußtseins, nach Entwicklung der Aufklärung, nach Hebung der Kultur, sowie Schaffung einer starken politischen und beruflichen Organisation strebenden polnischen Volkes ist. Wir gestehen offen, daß diese Klagen über die Gleichgültigkeit und Trägheit unserer Frauen in solchem Maße begründet sind, aber wir haben ein gewisses Verständnis für das Verhalten unserer Frauen.

Als noch das preußische Vereins- und Versammlungsrecht in Kraft war, war die polnische Frau von unserem öffentlichen Leben gänzlich abgeschnitten. An Versammlungen konnte sie nicht teilnehmen, politischen Vereinen durfte sie nicht angehören, und sogar ungeschuldige Vereine, die lediglich aufklärende und kulturelle Zwecke verfolgten, konnten kaum bestehen, denn überall stießen sie auf ungeheure Schwierigkeiten. Die Polizei und die Gerichte erblickten schon in dem Umstand, daß es polnische Vereine waren, den politischen Charakter und lösten diese Vereine auf.

Nach dem neuen Gesetz ändern sich die Verhältnisse allmählich. Unsere Frauen beginnen sich immer zahlreicher an öffentlichen Versammlungen zu beteiligen und machen sich — wenn auch nur in allgemeinen Umrissen — mit den Bestrebungen ihrer Ehemänner, Väter, Brüder und Söhne bekannt, die sich an Sonntagen immer „in den Vereinen und Versammlungen herumtreiben“. Sie beginnen zu verstehen, daß es sich hier um große Dinge, um so große Dinge handelt, daß es lohnt, für sie zu kämpfen und Zeit und Kräfte zu opfern, sie beginnen erst zu verstehen, daß wir Oberschlesier ein Teil der großen polnischen Nation sind, daß wir die Zugehörigkeit zu dieser Nation nicht zu verheimlichen und um so weniger uns ihrer zu schämen brauchen, als das dem Volke von allen „Herren“ empfohlene und aufgedrungene Deutschum durchaus nichts Besseres ist und keine höhere Kultur bedeutet, daß das Polentum durchaus nicht einen minderwertigen, niederen Menschen, eine Sklavennation bedeutet. In unserer Frau beginnt das Gefühl der nationalen Würde zu erwachen und das Verständnis für die nationale und politische Organisation zu keimen.

Aber dies sind bis jetzt nur Ausnahmen. Die Mehrheit der polnischen Frauen in Oberschlesien ist nicht nur für unsere vitalen nationalen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gleichgültig, sondern sie hemmt infolge des Mangels an Nationalbewußtsein in gefährlicher Weise unsere nationale und berufliche Arbeit und bereitet der polnischen und völkischen Sache geradezu verhängnisvolle Niederlagen. Der Mangel an Nationalbewußtsein und der daraus entspringende Mangel an Erziehung des polnischen jungen Geschlechts fügt uns hundertmal größere Schäden und Verluste zu, als alle Ausnahmegeetze und administrativen Schikanen. Tausende und Zehntausende polnischer Seelen gehen uns Jahr für Jahr verloren, wodurch die Kräfte derjenigen gestärkt werden, die uns Verderben geschworen haben.

Darum dürfte in gegenwärtiger Zeit unsere wichtigste Aufgabe die sein, wie die breiten Kreise unserer Frauen in nationaler Hinsicht aufzuklären, aus ihnen wahrhaft polnische Bürgerinnen zu machen und sie zur nationalen und sozialen Arbeit anzuhalten wären. Der gegenwärtige Zustand kann nicht weiter dauern, denn er würde das Verderben des polnischen Volkes in Oberschlesien bedeuten, zumal unsere Gegner, durch die letzten Rundgebungen unseres nationalen Lebens in Schrecken gesetzt, alle Kräfte und Mittel anwenden, daß die Germanisierungsflut immer weitere Kreise

schlage und das polnische Element immer mehr verschlinge.

Haben wir den Mut und sehen wir dem Übel dreist in die Augen. Wir geben zu, daß die polnische Frau im allgemeinen wegen Mangels an nationaler Aufklärung im Deutschum noch heute etwas Besseres, eine höhere kulturelle und soziale Stufe sieht, denn alle, die sie gewöhnlich als „Herren und Damen“ betrachtet, bedienen sich bei uns dieser Sprache. Es ist menschlich, daß die polnische Frau diese „Überlegenheit“ nicht nur zu erlangen, sondern in ihrer mütterlichen Sorge auch ihrer Nachkommenschaft die Erlangung dieser „Überlegenheit“ zu erleichtern wünscht. Nur daraus läßt sich erklären, daß so viele polnische Mütter besonders dort, wo sie eine deutsche Umgebung haben, wie in Städten und in großen Industriekolonien, nicht nur selbst die deutsche Sprache gebrauchen, indem sie die polnische Sprache als eine gemeine verachten, sondern auch, was noch schlimmer ist, ihre Kinder schon in der Jugend freiwillig germanisieren, als ob die Schule, das Militär und das öffentliche Leben das polnische Volk nicht schon genug germanisierten. Die unaufgeklärte polnische Frau ist die treueste Leserin deutscher Zeitungen, die dem Polentum oft auch dem Glauben und den wirtschaftlichen Interessen des polnischen Volkes feindliche sind. Polnische Zeitungen verachtet sie und hält sie für etwas Schlechteres, bei den Lesern polnischer Zeitungen dagegen sieht sie gleichsam ein Brandmal der Gemeinheit an der Stirn. Die unaufgeklärte polnische Frau schickt ihre Kinder zum deutschen Unterricht der hl. Sakramente, damit sie zusammen mit den Deutschen zum Tische des Herrn treten könnten, weil dies das Brandmal des von ihr verachteten Polentums weglöscht. Aus dem gleichen Grunde schickt diese Frau ihre Kinder zur deutschen Andacht und in uns feindliche, geradezu hasserfüllte Vereine, denn dort trifft ihr Kind mit „Damen“ zusammen und nimmt zusammen mit diesen an einem Tisch Platz. Viele solche traurige Erscheinungen ließen sich hier noch aufzählen.

Aber jammern und die Arme verschränken dürfen wir nicht. Wir müssen vor allem die Arbeit an der Aufklärung unserer Mütter, Schwestern und Ehefrauen in Angriff nehmen. In dieser Beziehung haben wir zwei Wege vor uns. Vor allem müssen die bereits aufgeklärten Frauen alle ihre Kräfte aufbieten, um ihre Verwandten und Bekannten für die polnische Sache zu gewinnen. In sanfter und umsichtiger Form müssen sie diese belehren, mit ihnen polnische Zeitungen oder Bücher lesen, sie dann zum Halten polnischer Blätter und zur Erteilung polnischer Lese- und Schreibunterrichts an ihre Kinder anregen, sie zu Vereinsitzungen und Versammlungen, besonders auch zu unseren Vergnügungen usw. mit sich nehmen. Überall müssen unsere Frauen Frauenvereine gründen.

Ausdauernde und ruhige Arbeit in dieser Richtung wird reichliche Früchte zeitigen. Leider fehlt es den Frauen aus dem Volke, die kaum die ersten Schritte auf dem Gebiete der nationalen und sozialen Arbeit unternommen haben, an der zur Organisierung von Vereinen, zu ihrer Leitung und Belebung nötigen Übung. In dieser Hinsicht müßten ihnen die Damen der Intelligenz mehr wie bisher behilflich sein und sich dieser Angelegenheit mehr wie bisher widmen. Leider fühlen sich die Damen der Intelligenz mit wenigen Ausnahmen zu diesen zwar mühseligen, aber doch erhabenen Obliegenheiten nicht verpflichtet. Aber hier muß eine Wendung zum Besseren eintreten. Oberschlesien muß sich mit einem Netz von in einem großen Verbands zusammengeschlossenen Vereinen bedecken. Die Männer wiederum haben die Pflicht, ihre Frauen, Schwestern, Bräute usw. in die Vereinsitzungen und

öffentlichen Versammlungen mitzunehmen, damit sie sich mit unseren Bestrebungen vertraut machen und dieser Polen Tun lieb gewinnen. Zu Hause erkläre der Mann in sanfter Form seiner Frau die Bedeutung unserer Nationalität, des Kampfes um ihre Erhaltung; er lese ihr diesen oder jenen schönen und interessanten Artikel aus der Zeitung, oder ein interessantes Buch vor; rege sie selbst zum Lesen an und lehre sie, wenn sie dies nicht versteht, mit Geduld diese Kunst. Durch ein so systematisches und planmäßiges Verfahren werden wir die polnische Frau zum nationalen Leben erwecken, und dann kann kein Ausnahmegesetz, kein Hakatismus für uns schrecklich sein, denn die Frau wird stets den Sieg davontragen.

Aus Nr. 101 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 29. August 1911:

Neuwahlen im Wahlkreis Ratibor.

Der Dziennik Slonski schreibt: „Infolge des Todes des Zentrumsabgeordneten Domherrn Frank müssen im Wahlkreis Ratibor Neuwahlen stattfinden. Im Jahre 1903 erhielt der polnische Kandidat 2461 Stimmen, im Jahre 1907 schon 4531 Stimmen; die Konservativen hatten 5105, die Sozialdemokraten 1294, der Zentrums-kandidat Domherr Frank 11411 Stimmen, d. h. nur 421 Stimmen mehr als die anderen Parteien.

Mit den deutschen Zentrumsanhängern zusammen wählten bisher die Mähren. Wenn diese genügend aufgeklärt wären und aus ihrer Mitte einen Kandidaten aufstellen würden, der als Hospitant der polnischen Fraktion beitreten wollte, so könnte man damit einverstanden sein, daß die Polen dem Mähren, ihrem slawischen Stammesbruder, ihre Stimmen gäben. Es scheint, daß dies ein guter Ausweg wäre, wenn die Polen allein einen eigenen Kandidaten nicht durchbringen können, weil im Wahlkreis Ratibor die mährische Bevölkerung überwiegt.

Natürlich entscheiden darüber die Wahlbehörden.“

Das ist eine sehr richtige Ansicht, die wir voll und ganz teilen. Unser mährische Korrespondent, der die Verhältnisse im Kreise Ratibor sehr gut kennt, hat sich in diesem Sinne in unserem Blatte schon wiederholt ausgelassen. Er sprach sogar die Ansicht aus, daß die Mähren gern für einen polnischen Priester stimmen würden, der zu ihnen mährisch sprechen könnte. Wir meinen aber, daß es noch besser wäre, einen Priester mährischer Nationalität, wie der Dziennik Slonski vorschlägt, als Kandidaten aufzustellen. Es ist nämlich sicher, daß die polnischen Wähler, die in nationaler Hinsicht weit mehr aufgeklärt sind als die Mähren, im Interesse der gemeinsamen slawischen Sache alle ihre Stimmen dem mährischen Kandidaten geben würden, während es schwieriger wäre, alle Mähren für den polnischen Kandidaten, selbst wenn er ein Geistlicher wäre, zu gewinnen.

Die Aussichten für die polnisch-mährische Partei im Kreise Ratibor sind jetzt auch günstiger als jemals, weil die Zentrumspartei nicht so leicht einen so guten Kandidaten ausfindig machen wird, wie Domherr Frank war, der sich großer Sympathien bei dem polnischen, wie bei dem mährischen Volke erfreute.

Nach unseren Informationen würde es auch nicht schwer fallen, einen mährischen Priester als polnisch-mährischen Kandidaten zu gewinnen.

Unsere Wahlbehörden werden zweifellos auch diese Angelegenheit genau erwägen und allseitig prüfen, bevor sie einen endgültigen Beschluß fassen werden.

Aus Nr. 164 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 30. August 1911:

Das Provinzialschulkollegium

in Breslau hat in einem Rundschreiben an die Handelskammern die Bereitwilligkeit ausgedrückt, in ober-schlesischen Gymnasien den fakultativen Unterricht der russischen Sprache einzuführen. Manche kaufmännische Vereine wollen sogar zur Bestreitung der Kosten dieses Unterrichts verschiedene Beihilfen bewilligen. Die Behörden nehmen an, daß die ober-schlesischen Kaufleute, die mit dem Königreich Polen, also mit Polen verschiedene Handelsbeziehungen unterhalten, die russische Sprache benötigen. Unsere Landsleute im Königreich sind von der Größe Preußens und von der Güte der deutschen Waren so bezaubert, daß sie, obgleich sie die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen, mit polnisch verstehenden Kaufleuten deutsch reden. Wenn die preußischen Kaufleute die russische Sprache erlernt haben werden, so werden unsere Landsleute mit ihnen russisch sprechen. Gerade die Landsleute aus dem Königreich müßten auf die preußischen Kaufleute einwirken, daß diese die polnische Sprache lernen. Aber unsere Landsleute aus dem Grenzgebiet des Königreichs Polen sind nun einmal so. Den Namen Polens im Munde führend, besuchen sie das hakatistische Theater in Kattowitz, geben Spenden zu hakatistischen Blumentagen, kaufen Waren bei hakatistischen Kaufleuten. Es wäre fürwahr besser, wenn man den Grenzverkehr schloße, denn die Landsleute aus dem Königreich bereiten der polnischen Sache nur Schimpf und Schande.

Aus Nr. 196 des Górnoslazak (Kattowitz)
vom 27. August 1911.

Galizische Unfähigkeit.

Polnische Verluste in Westgalizien und in Österreichisch-Schlesien.

Die polnische Volksgeamtheit ist durch die schlechte finanzielle Lage des schlesischen Volksschulvereins (Macierz Slaska) in hohem Maße beunruhigt. Wenn ihm nicht baldige und genügende Hilfe zuteil wird, muß ein Teil der polnischen, vom Volksschulverein unterhaltenen Schulen geschlossen werden, was einem nationalen Unglück gleichkäme. Auf die polnischen Seelen in Österreichisch-Schlesien lauern die Tschechen und die Deutschen, die über weit größere Mittel und eine bessere Organisation verfügen als wir.

Bei einer Besprechung dieser nationalen Gefahr stellt ein Kenner der Verhältnisse in Österreichisch-Schlesien die der Wissenschaft übrigens wohlbekannte Tatsache fest, daß die eingeborene schlesische Bevölkerung der Germanisierung und Tschechisierung mehr anheimfalle, als die aus Galizien zuwandernde Bevölkerung. Eigentlich germanisiert und tschechisiert sich überwiegend der aus Galizien eingewanderte Bauer oder Arbeiter, der sich in Österreichisch-Schlesien in den großen Industriezentren ansiedelt, um dort Erwerb zu suchen. Ebenso verhält es sich mit dem aus Galizien kommenden und in den schlesischen Städten Erwerb suchenden Handwerker, wo er in der deutschen Umgebung rasch aufgeht. Eigentlich beginnen also heute die Schlesier die einwandernden Galizier von der Germanisierung und Tschechisierung zu retten, und sie müssen dies zu ihrer eigenen und der westlichen Grenzmarken des polnischen Landes Verteidigung tun, denn die durch den im Laufe der Zeit germanisierten und tschechisierten galizischen Zustrom verstärkten deutschen tschechischen Kräfte würden schließlich so gefährlich werden, daß sie ein Verlust des uralten Pfaffenlandes

für unser Vaterland bilden würden. Es ist ein trauriges Zeugnis für Galizien, daß das nationale Selbstbewußtsein unter dem galizischen Volk so gering oder gar nicht entwickelt ist, daß dieses Volk, wenn es in eine tschechische oder deutsche Umgebung geraten ist, für die polnische Nation sofort verloren geht und die Kräfte unserer Feinde stärkt. Es ist dies ein Beweis, daß unsere Landsleute in Galizien für die nationale Aufklärung zu wenig tun, trotz der bei jeder Gelegenheit veranstalteten schönen Nationalfeste und gehaltenen schönen Reden. Unter dem polnischen Volke in Galizien herrscht Mangel an nationaler Aufklärung, aber statt dessen ist unter ihm sozialdemokratische „Aufklärung“ vorhanden. Nicht nur wählt Krakau sozialdemokratische Abgeordnete, sondern sogar halbländliche Wahlkreise zeichnen sich durch eine ungeheuer große Zahl sozialdemokratischer Stimmen aus. Und dieses polnische Volk aus Galizien wählt, wenn es sich in den Industriezentren Schlesiens angesiedelt hat, sozialdemokratische Abgeordnete. Unwillkürlich drängt sich einem ein Vergleich mit den Verhältnissen im preußischen Teilgebiet auf. Bei uns gibt es weniger Nationalfeste und weniger patriotische Reden, dafür aber bewahrt unser Volk in der Fremde unter Fremden seine nationale Sonderstellung vollständig, und trachtet nach sozialdemokratischer „Aufklärung“ gar nicht.

Für die Unfähigkeit unserer Landsleute in Galizien ist die Tatsache bezeichnend, daß sie riesige Bodenschätze in Westgalizien von preußischen Eindringlingen haben in Besitz nehmen lassen. Ein solcher Preuße, wie der unlängst verstorbene Schlutius, vermochte den größten Teil der Bergbaureserve in Besitz zu nehmen, und seine Erben oder Nachfolger werden die Haupteigentümer der Kohlengruben in Westgalizien sein. Ebenso verhält es sich mit dem Erz und Galmei, und die Gesellschaft der Giesche'schen Erben, sowie Fürst Henkel von Donnersmark, haben sich schon dicht hinter Oswiecim eingenistet.

Aber nicht genug dieses Übels. Unsere Landsleute sehen untätig zu, wie die Haktisten aus Preußisch-Schlesien, Westgalizien und Österreichisch-Schlesien, besonders die Gebirgsgegenden, die sie zum Ziel ihrer Ausflüge ausersehen haben, in großem Maßstabe germanisieren und demoralisieren. Wir hier blicken schon lange auf diese verderbliche Arbeit der preußischen Haktisten, und wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, aber unsere Warnungen wurden nicht beachtet. Endlich beginnt man auch in Galizien die Augen zu öffnen, denn der Krakauer Glos Narodu schreibt über diese Arbeit der preußischen Haktisten was folgt:

„Einen ungeheuer schädlichen Einfluß auf die westlichen Grenzmarken übt die deutsch-preußische Turistik aus, die von dem „Beskiden-Verein“ mit seinem Sitz in Kattowitz organisiert und geleitet wird. Jeden Sonn- und Feiertag kursieren zur Frühjahr- und Sommerszeit zwischen Kattowitz und Saybusch Ausflugs-Sonderzüge, die in unsere schlesisch-galizischen Beskiden und in die an ihrem Fuße gelegenen Dörfer Tausende von Preußen führen, welche überwiegend zu Zwecken der deutschen Propaganda hierher kommen. Dieser Beskiden-Verein änderte zunächst die Namen aller unserer Gebirge und Dörfer in deutsche Namen, führte diese Namen in den Reiseführern und Landkarten ein und brachte in den einschlägigen Ortschaften an Bäumen und Pfählen, Tafeln und Wegweiser in deutscher Sprache mit den deutschen Namen der Berge und Dörfer an. Auf diese Weise heißt unsere Babia-gora „Herenberg“, Magora „Johannisberg“, Szendzielnia „Rammiger Platte“ usw. Die deutschen Namen haben sich so eingebürgert, daß sich sogar polnische Touristen ihrer bedienen.“

Ähnlich wurden auch die Namen der benachbarten polnischen Dörfer umgetauft.

So heißen polski Lipnik „Kunzendorf“, Bystra „Bistraj“, Komorowice „Buzdorf“, Pietrzykowice „Petersdorf“, Kenty „Liebeswerde“, Oswiecim „Auschwitz“ usw. usw. Auch diese Namen haben sich teilweise eingebürgert und werden zum allgemeinen Ärgernis auch von Polen, besonders von polnischen Touristen gebraucht. Aber dabei hat es noch nicht sein Bewenden.

Der Beskiden-Verein hat auf den polnischen Beskiden, z. B. Magorn, Klimczok, Szendzielnia und anderen eine ganze Reihe deutscher „Schutzhäuser“ errichtet, in denen natürlich die Amtssprache deutsch, alle Aufschriften deutsch sind. Hier kommt das Preußentum zusammen, ergibt sich dem Trunk, führt ein abenteuervolles Leben und demoralisiert von hier aus das benachbarte polnische Volk. Diese Schutzhäuser sind durch und durch Germanisierungsvorposten, die auch in strategischer Hinsicht den Preußen wichtige Dienste leisten können.

Überhaupt ist die ganze preußische Turistik in den Grenzkreisen unseres Landes und Schlesiens in polnisch-nationaler Hinsicht äußerst schädlich, zumal sie unsererseits auf keine Hindernisse und Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Germanisierungstendenzen stößt. Die preußischen Touristen oktroyieren nicht nur unseren Beskiden und den benachbarten Dörfern deutsche Namen auf, sondern sie demoralisieren gleichzeitig die polnische Bevölkerung durch verschiedene Mittel, flößen den örtlichen deutschen Elementen Mut und Begeisterung zum Kampf ein, unterstützen stets und überall die Germanisierungsaktion. Darum müssen wir vom Standpunkt unserer nationalen Interessen die auspreußische deutsche Turistik in den Grenzmarken wegen ihrer Schädlichkeit mit allen Kräften bekämpfen. Die polnische Presse muß hier gegen die preußische Invasion einmütig vorgehen, sie muß die polnische Ortsbevölkerung zur Selbstverteidigung gegen die Hochflut der fremden Elemente aufmuntern.“

Zur Warnung unserer Landsleute in Galizien und Österreichisch-Schlesien machen wir darauf aufmerksam, welcher Geist in diesem Beskiden-Verein weht. In Nr. 4 vom 14. August d. J. enthält das Organ dieses Vereins, die „Mitteilungen des Beskiden-Vereins“, eine Beschreibung der Johannisfeier, die von der Teschener Sektion dieses Vereins zusammen mit der Ortsgruppe der „Nordmark“ aus Ustron auf dem Berge Czantory veranstaltet wurde. Der Vertreter der „Nordmark“ Michael Spettel, Beamter des k. k. Telegraphenbureaus in Wien, hielt eine feurige Rede zur Verteidigung des bedrückten Deutschlands gegen die Slawen und die katholische Kirche. U. a. sagte Spettel: „Die Führer des Volks in Österreich beugen sich dem Willen des Herrschers, lassen sich scheinbar durch die Gunst des Herrschers täuschen und helfen fortwährend den Deutschen feindliche Gesetze geben, infolge deren die Slawen und Romanen die Oberhand über die deutsche Kultur gewinnen . . . Und die herrliche deutsche Nation, die einst die römische Welt Herrschaft niedergeworfen hat, steht heute noch überwiegend unter den Einflüssen Roms, welches seinen Einfluß dazu mißbraucht, daß die Deutschen nicht zum nationalen Selbstbewußtsein gelangen. Rom weiß nämlich, daß dann die römische Finsternis verschwunden, daß dann für die deutsche Nation der herrliche Glanz des Johannisfeuers erglänzen würde.“

Das ist ein Proßchen dafür, welcher Geist im Beskiden-Verein und bei seinen Festlichkeiten herrscht. Unsere Landsleute in Galizien sollten die Haktisten aus Galizien mit eisernen Besen hinausfegen. Kräfte und Mittel haben sie dazu. Mögen sie diese nur anwenden.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 192 des Dziennik Berlinski (Berlin)
vom 24. August 1911:

Was man sich im deutschen Konsulat in der Hauptstadt Polens herausnimmt.

Unter der Überschrift: „Herr Dätke — amtiert“, berichtet der Goniec Warszawski:

Wir erhielten eine Beschwerde über die Verhältnisse, die im hiesigen deutschen Konsulat herrschen, woselbst der Satatismus sich in der Person des Sekretärs Herrn Dätke ein Nestchen bereitet hat.

Heute, um 1 Uhr 30 Minuten, meldete sich im Konsulate in einer Sache, die mit der Herausgabe des Passes zusammenhing, der Künstler der Szene des Artistentheaters, Herr Luczak, ein deutscher Untertan. Kaum hatte er jedoch zu dem obengenannten Herrn Dätke einige Worte gesprochen, da gebot ihm dieser in aufgebrachtem Tone, deutsch zu sprechen.

— Aber Herr . . . ich spreche so schlecht deutsch, daß die Verständigung mit Ihnen in der Sache, die mich herführt, mir große Schwierigkeiten machen würde.

— I was! Wenn Sie nicht deutsch sprechen, so haben Sie hier nichts zu schaffen.

— Aber Herr . . .

— Nein aber! Sie sind Deutscher und müssen deutsch sprechen.

— Ich bin Pole, Herr!

— I was! — Pole? Was ist das: „Pole“? Ich kenne keine solche Nationalität. Ich werde Euch alle deutsch sprechen lehren. Hinaus mit Ihnen usw.

Herr Dätke tobte so sehr, daß Herr Luczak es für angebracht hielt, das Konsulat zu verlassen, ohne das Geschäft erledigt zu haben.

Hinzugefügt muß werden, daß Herr Dätke Pastor oder etwas Derartiges in einer der evangelischen Sekten sein soll, welche in unserer Stadt für eine neue Religion Propaganda machen, und zwar vorwiegend unter den ärmeren arbeitenden Schichten usw. Aus obigem Beispiel kann man schließen, daß der Einfluß des „Förderers der neuen Religion“ auf diese Kreise kein allzu günstiger ist.

Vielleicht geruht jedoch die Konsulatsbehörde, auf das Benehmen des Herrn D. — im Konsulat wenigstens — zu achten. Vorkommnisse, wie das oben geschilderte, setzen die Würde des Konsulats herab und bringen ihm kaum Ehre ein.

Und da wundern sich die Deutschen noch, daß man sie nirgends leiden mag.

Aus Nr. 196 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 29. August 1911:

Die II. polnische Gewerbeausstellung in Berlin.

Gekommen war der festliche Tag für die hiesige polnische Kolonie, der ungeduldig erwartet wurde sowohl von denen, welche die Früchte ihrer langjährigen Arbeit zu zeigen wünschten, als auch von denen, die jede Befruchtung des Wachstums des Polenstums für einen Schritt vorwärts halten zum nationalen Erstarken, und die ihn mit ungeheuchelter Freude begrüßen. Ein Fest des polnischen Gewerbes! Nicht einer Großindustrie, welche über Millionen Kapitalien, über Tausende von Arbeitern verfügt und auf alle Gebiete des sozialen Lebens Einfluß ausübt, sondern des Kleingewerbes, fast amiesentlicher Arbeit einiger Hundert polnischer Hände, die mit der rücksichtslosen Konkurrenz der Großstadt ringen.

Ein Fest der nationalen Arbeit zur Rettung der Emigranten vor der Germanisierung und zur Weckung des Nationalbewußtseins in den Polen, die seit Generationen gezwungen sind, hier zu wohnen und die dem allmählichen Vergessen ihrer tatsächlichen Herkunft nicht standhalten konnten. Und auf diesem Felde sind vor allem Resultate zu suchen; denn unabhängig von der beruflichen Übung, der Grundlage des Wohlstands und des materiellen Begütertheits des Einzelnen, trägt unsere Volksgesamtheit nur dann materiellen Nutzen davon, wenn der wirtschaftliche Wohlstand nicht das einzige Ziel, sondern ein Mittel zu der höchsten Entwicklung des Nationalgefühls ist. Die auf diesen Grundsatz gestützte berufliche Arbeit wird sich zu schätzen imstande sein vor der Versuchung des leichten Zusammenscharrens von Vermögen um den Preis von anfangs unbedeutenden Kompromissen, die sich steigern nach Maßgabe des Erringens von Wohlstand bis zum völligen Gleichgültigwerden im bürgerlichen Empfinden.

Man muß zugeben, daß man nach dieser Richtung hin hier schon viel fertig gebracht hat, und die Tatsache, daß im Vergleich zu der Ausstellung vor zwei Jahren gegenwärtig eine sehr ansehnliche Zahl teilgenommen hat, zeugt rühmlich von der sozialen Arbeit der hiesigen Polen. Viel ist noch zu tun und vieler Anstrengungen bedarf es noch, um alle diejenigen dem Polentum zurückzubringen, welche im Laufe der Jahre sich von ihm entfernt haben; doch das, was bisher geschehen ist, verdient redliches Lob. Die zweite Aufgabe der hiesigen Polen ist, alle polnischen Gewerbetreibenden heranzuziehen und sie in Fachvereinen zu organisieren, die in einem Verbande konzentriert sind zwecks Schaffung einer gemeinsamen Richtlinie in der wirtschaftlichen und nationalen Tätigkeit, sowie zwecks gemeinsamen Strebens nach der Richtung hin, die günstigsten Bedingungen für die Berufsarbeit zu schaffen. Auch hier ist viel geschehen; leider hat sich jedoch eine gewisse Zahl von Vereinen gefunden, die sich nicht Rechenschaft ablegen über die Tragweite einer gemeinsamen Aktion und die sich von der Initiative zur Ausstellung und von der Teilnahme an ihr ferngehalten haben

Im Laufe des Festmahls, das aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung veranstaltet wurde, warf Herr Redakteur Krysiak, indem er an das Projekt eines „Polenhauses in Berlin“ erinnerte, das vom Architekten Herrn Pitak aus Charlottenburg ausgeführt und in einem besonderen Pavillon in der gegenwärtigen Ausstellung ausgestellt worden ist, den Gedanken auf, die Teilnehmer sollten das große Werk einleiten und die Gründung einer

Genossenschaft „Polenhaus in Berlin“ mit Anteilen à 100 Mark beschließen. Der Erfolg der Krysiakschen Aufforderung war ein unverhofft günstiger. Krysiak legte den Versammelten eine Liste vor, in welcher 41 Teilnehmer entsprechende Erklärungen einzeichneten. Der Wortlaut der Liste nebst den Unterschriften ist folgender:

Verhandelt auf dem gemeinsamen Festmahl, welches gelegentlich der II. polnischen Gewerbeausstellung in Berlin am 26. August 1911 im Concordiafestsaal, Andreasstr. 64, veranstaltet worden ist.

Infolge der von Herrn Fr. Sal. Krysiak gegebenen Anregung beschließen die nachstehenden Herren der Genossenschaft „Dom polski w Berlinie“ G. m. b. H. beizutreten: Fr. Krysiak, Chojnacki, L. Hubert, J. Hechliński, M. Laniecki, M. Stark, W. Golibrocki, St. Konatkowski, Johann Schmidt, Anton Solinski, Stan. Raczmarek, Drzymcinski & Nitka, A. Grzybowski, S. Smilowska, A. Pawlowski, A. Berkan, Dzierzawski,

Edm. Ratowski, Mikodem Kowalski, Leon Kofocinski aus Paris, Josef Krengeiski, Bron. Kolski, Julian Sokolowski (2 Anteile), Wlad. Konfowski, Rechtsanwalt Raf. Unruh, Dr. Josef Adamczewski, Viktor Konfowski (100 Anteile à 100 Mk. = 10000 Mk.), Edmund Piehocki, W. Gehlinski, Diplomingenieur Glowacki, Kunstmalers Ignaz Strzyzynski, Alexander Wroblewski (ich bin für die Aktienform, 5—7000 Mk.), Josef Giasowski, Josef Mikolajczak, Fr. Garyantasiemicz, M. Dzierzewicz, A. Koskowicz-Pleschen (200 Mk.), Pilczek & Putnatski-Posen (200 Mk.), Leo Szulc-Berlin (100 Mk.), Stan. Katakczak-Berlin (100 Mk.).

Aus Nr. 16 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 15. August 1911:

Polnisch-katholischer Verein Kasimir der Große.

Köpenick.

Am Sonntag den 9. Juli fand die Generalversammlung statt, welche der Vorsitzende um 6 Uhr abends mit dem katholischen Gruß eröffnete, wobei eine Strophe des Liedes: „Wer sich unter den Schutz begibt“ gesungen wurde.

Nacheinander erstatteten der Schriftführer, Kassierer und Bibliothekar die Rechenschaftsberichte, welche für richtig befunden und angenommen wurden.

Der folgende Punkt war die Wahl eines neuen Vorstandes, welche nachstehendes Ergebnis hatte: Szulc Vorsitzender, Krawczyk stellvertretender Vorsitzender, Johann Mikolajczak Schriftführer, Joseph Mikolajczak stellvertretender Schriftführer, F. Koczorowski Kassierer, Wojcizek, Bibliothekar, Milka stellvertretender Bibliothekar.

Nach Erledigung kleinerer Sachen schließt der Vorsitzende mit dem katholischen Gruß die Versammlung.

J. Mikolajczak, Schriftführer, Adlershof,
Handjery Straße 11.

Aus Nr. 16 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 15. August 1911:

Rechenschaftsbericht über die Jahrestätigkeit des St. Franziskus- vereins in Halle a/S. vom Juli 1910 bis Juli 1911.

Der seit 18 Jahren in Halle a/S. bestehende St. Franziskusverein bemüht sich, die in seinem Bereich wohnenden Landsleute zusammenzuschließen, um sie vor den verderblichen Einflüssen der fremden und großstädtischen Umgebung zu schützen. Zu diesem Zwecke finden Versammlungen statt, in welchen nach der üblichen Vorlesung des auf diesen Tag fallenden Evangeliums, Vereinsangelegenheiten erörtert werden, ferner finden auch Vorträge und Erläuterungen wissenschaftlichen Inhalts statt, woran sich gewöhnlich eine Diskussion knüpft. Zur Belehrung und geistigen Zerstreuung dient ebenfalls eine ansehnliche Bibliothek, denn sie besteht aus 225 Werken, ferner werden entsprechende Vergnügungen für die Mitglieder und ihre Angehörigen, ein gemeinschaftliches Oster- und Weihnachtsfest und zeitgemäße nationale und andere religiöse Feiern veranstaltet. An diesen Versammlungen nehmen 22 Mitglieder teil.

Im vergangenen Jahre fanden 23 gewöhnliche und 4 Generalversammlungen statt, außer den oben erwähnten religiös-nationalen Veranstaltungen fanden

noch zwei Karnevalsfeiern, zwei Familienabende, sowie zwei Ausflüge in die Umgegend statt. Gegenwärtig zählt der Verein 43 aktive und 5 Ehrenmitglieder. Die Gesamteinnahme beträgt 649,25 Mark, die Ausgabe 491,91 Mark, es gehen mit dem früheren Restbestand auf das künftige Jahr 276,66 Mark über. Außerdem besitzt der Verein eine Fahne, verschiedene Bilder und Vereinsutensilien. Mit der Fahne beteiligte sich der Verein an Veranstaltungen der polnischen Nachbarvereine sowie an Begräbnissen verstorbener Mitglieder, ferner an zwei Messen auf die Intention des Vereins, wobei die Mitglieder beichteten und die heilige Kommunion empfangen.

Der Vorstand bestand aus den Herren: Joseph Kempiaf Vorsitzender, Leo Urbanski Schriftführer, Ignaz Skibinski Kassierer, Franz Kempiaf Bibliothekar, Bienczek und Pawlikowski Kassenrevisoren.

Puz, Schriftführer.

Aus Nr. 192 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 23. August 1911:

Ein neues polnisches Blatt in der Fremde.

Die polnische Sache in Sachsen hat sich seit einer gewissen Zeit so verschlechtert, daß man befürchten muß, in Zukunft die Polen für das Polentum und den Katholizismus zu verlieren. Das einzige Rettungsmittel, durch welches die Germanisierung und die Entwicklung des Unglaubens unter dem polnischen Volke aufgehalten werden kann, ist nach der Meinung von Kennern der Verhältnisse die Schaffung eines Mittelpunktes für aufklärende Arbeit. Einen solchen Mittelpunkt kann nur die Redaktion einer polnischen Zeitung bilden.

Schon vielfach haben wir zur Gründung eines Blattes für Sachsen aufgefordert. Auch andere polnische Zeitungen haben das getan.

Weil es niemand wagen will, sich auf den Bruchader in Sachsen zu begeben, entschied sich der langjährige Redakteur unseres Blattes, Herr Anton Brejski, nach Sachsen überzusiedeln, um daselbst im Interesse der katholischen und polnischen Sache, im Interesse der Arbeiter die in Westfalen und im Rheinland gesammelte Erfahrung zur Anwendung zu bringen. Herr Anton Brejski wird seinen Wohnsitz in Leipzig aufschlagen, in dem Mittelpunkt der größten polnischen Kolonien des Königreichs Sachsen, der Lausitz, der Provinz Sachsen, des Fürstentums Altenburg usw.

Von Neujahr 1912 ab wird Herr Anton Brejski für die genannten Gegenden eine Zeitung unter dem Namen Gazeta Lipska (Leipziger Zeitung) herausgeben.

Das neue Blatt wird in großem Formate erscheinen und zwar dreimal wöchentlich und ein religiöses und belehrendes Beiblatt haben.

Der Abonnementspreis soll vierteljährlich 1,20 Mk. betragen. Die Abonnenten werden gegen Todesfall durch Unfall mit 300 Mk. versichert sein, im Falle des Todes in der Grube werden 150 Mk. gezahlt.

Indem wir der neuen Zeitung die beste Entwicklung und Unterstützung durch die Landsleute wünschen, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Herr Anton Brejski, der in Westfalen zahlreiche polnische Vereine gegründet hat und auch Mitbegründer der Polnischen Berufsvereinigung ist, imstande sein wird, Sachsen zu beleben und zu organisieren. Glück zu!

Aus Nr. 16 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 15. August 1911:

Kiel.

Aus Anlaß der Delegiertenversammlung des Gaues Hamburg fand eine außerordentliche Versammlung des Volksvereins in Kiel statt. Gegen 6 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnete Herr Taterka als Vorsitzender des Vereins unter zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern die Versammlung und begrüßte die anwesenden Delegierten, worauf eine Strophe des Liedes „Herzlichste Mutter“ gesungen wurde. Sodann verlas der Schriftführer des Vereins, Herr Luzniak, den sorgfältig und vorschriftsmäßig abgefaßten Bericht über die letzte Versammlung, welcher auch angenommen wurde. Es wurde das Bedauern ausgesprochen, daß zu dieser Versammlung der Geistliche Korpat aus Hamburg nicht erschienen sei. Seine Abwesenheit hat Herr Pawelek aus Hamburg entschuldigt. Der Herr Schriftführer verlas auch einen Brief mit einer Rechtfertigung des Pfarrers Korpat.

Es folgten sodann Verwaltungs- Angelegenheiten, welche kurz erledigt wurden.

Alsdann nahm der Vorsitzende des Verbandes polnisch-katholischer Arbeitervereine Deutschlands das Wort. In dem fast 1 $\frac{1}{2}$ stündigen ausführlichen Vortrage gab der Referent einen Überblick über die Gesamttätigkeit des Verbandes, über seine Mittel und Wege, er gab Weisungen, wie die Vereine in der Fremde arbeiten müssen, damit sie der Mittelpunkt des nationalen Lebens würden, er legte die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses dar und besprach überhaupt alle Angelegenheiten, die uns Polen in der Fremde betreffen. Der Vortrag wurde mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und zum Schluß mit großem Beifall aufgenommen.

Dieser Vortrag gab Anlaß zu einer ausführlichen und lebhaften Diskussion, in welcher verschiedene Redner die Ausführungen des Referenten vertieften oder erweiterten und sie den örtlichen Lebensverhältnissen der Polen anpaßten. Es muß hier hervorgehoben werden, daß sich in Kiel ungefähr 4000 Landleute befinden, welche überwiegend auf den dortigen Schiffswerften beschäftigt sind. Dort bestehen 4 polnische Vereine; es befindet sich dort auch eine Filiale der Polnischen Berufsvereinigung. Von den Reden sind hervorzuheben die des Herrn Luzniak, Schriftführer des Vereins, des Herrn Lewandowski, Vorsitzender des St. Adalbertvereins, welcher am Schlusse den Wunsch ausdrückte, solche Versammlungen öfters abzuhalten, ferner des Herrn Pawelka und besonders des Herrn Raczmarek. Bei den lebhaften Verhandlungen, welche von dem Geist der Eintracht und Zusammengehörigkeit befeelt waren, verging die Zeit sehr schnell, denn erst nach 9 Uhr abends schloß der Vorsitzende, Herr Taterka, mit herzlichem Dank die Versammlung. Vorher wurde noch ein Hoch auf das Wohlergehen des Verbandes der Kieler polnischen Kolonie ausgebracht.

Es folgte sodann ein Vergnügen, an welchem sich besonders die Jugend beteiligte.

Aus Nr. 193 des Wiarus Polski (Böckum)
vom 24. August 1911:

Die Änderung des Schulsystems in den Volksschulen der polnischen Landesteile.

Die preußische Regierung ist zu der Überzeugung gekommen, daß das jetzige in den preußischen Volksschulen geübte Schulsystem seinen Aufgaben nicht entspricht und nicht zur Germanisierung der polnischen

Kinder geführt hat, denn die Kinder, welche nach achtjährigem Schulbesuch die sechsklassige Volksschule verlassen, verstehen nur wenig deutsch, was man auch an den polnischen Soldaten erfahren kann.

In Anbetracht dessen haben die Schulbehörden beschlossen, das System gänzlich zu ändern und zwar so, daß beim Unterricht kein einziges polnisches Wort gebraucht werden soll. Die Schulen sollen mit Bildern und Modellen versehen werden, an denen die Begriffe und Ausdrücke veranschaulicht werden sollen. Heute schon verwandeln sich die Schulen in Museen. Der Schüler soll bei dem Unterricht nicht nur geistig, sondern auch physisch beschäftigt werden. Die polnischen Kinder werden also im ersten Vierteljahr in der Unterstufe nicht lesen, sondern durch Anschauungsunterricht mit Hilfe der Gegenstände und Zeichnungen, welche sie selbst anfertigen, Ausdrücke und Begriffe lernen, jedoch ihre Bewegung und Tätigkeit in deutscher Sprache beschreiben. Der Entwurf ist bis in die kleinsten Einzelheiten so ausgearbeitet, daß das Kind deutsch denken lernt. Man muß zugeben, daß das neue System einerseits nach seiner Anwendung durch die Schulbehörden in den Volksschulen der polnischen Landesteile an praktischer Bedeutung in der Germanisierung polnischer Kinder gewinnt, andererseits jedoch erachtet wir das Ziel für verfehlt, wenn die polnischen Eltern ihre Bemühungen um die Erziehung ihrer Kinder im polnischen Geiste erweitern und auf diese Weise ihrer Germanisierung durch die Schule entgegenwirken.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 192 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 24. August 1911:

Die sozialdemokratische Gefahr.

Man schreibt uns aus Arbeiterkreisen:

Unsere durch den beständigen Kampf gegen den Hakatismus in Anspruch genommene Volksgemeinschaft würdigt die Tragweite einer anderen Gefahr nicht, welche für sie nicht minder bedrohlich ist, als der Hakatismus. Ich habe die sozialdemokratische Bewegung unter unseren Arbeitern und Handwerkern im Auge, welche eines der Hauptfundamente unserer Volksgemeinschaft bilden. Während wir gegen den zügellosen Hakatismus kämpfen, während wir verschiedene Wohlfahrtseinrichtungen schaffen, tragen die sozialistischen Agitatoren mit dem lebendigen Wort die Agitation im Großherzogtum umher, indem sie unserem Volke das erste Gericht neuer Ideen bringen, die nach dem allgemeinen Umsturz und nach der Zerstörung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung streben. Es könnte scheinen, als werde diese Bewegung keinen ständigen Boden für ihre Bestrebungen finden; doch sprechen ihre Fortschritte in der letzten Zeit etwas anderes. Während der Sozialismus früher in unserem Großherzogtum nichts oder höchstens sehr wenig ausrichten konnte, haben sich heute die Verhältnisse ernst geändert.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind zunächst in der gesteigerten Organisationsbewegung unter den Arbeitern auf der Grundlage des Zentralverbandes zu suchen, unter dessen Deckmantel die Genossen ihre Bestrebungen durchzuführen wissen. Zweitens kommt in Rechnung, daß die Sache seitens der Geistlichkeit, des weltlichen Bürgertums und sogar seitens der Presse unzureichend gewürdigt wird. Während früher diese Bewegung in den Spalten der Volkspresse sehr entzweit bekämpft wurde, schreibt man heute sehr wenig davon; so sind denn auch die Fortschritte des Sozialismus ersichtlich, ja, sogar geradezu bedrohlich für uns.

So haben die roten Genossen in verhältnismäßig kurzer Zeit mit ihren politischen Vereinen eine ganze Anzahl unserer Städtchen im Großherzogtum beglückt, nämlich Breschen, Miloslaw, Kolmar, Erin, Fitehne, Hohenfalza, Samter usw. Wenn unsere Volksgemeinschaft dem nicht beizeiten Grenzen zu setzen suchen wird, kann diese Bewegung sie in Zukunft entzweien; die Volksgemeinschaft wird wütende Klassenkämpfe erleben, die notwendigerweise dazu beitragen werden, daß die religiösen und nationalen Ideale in dem Stande der Arbeiter und Handwerker verloren gehen. Zwar wird unser Arbeiter nicht sogleich von den Lehren und Bestrebungen des Sozialismus durchdrungen, zwar widersteht er ihnen ziemlich lange; aber allmählich läßt er sich, da ihm die Bildung des gewerbsmäßigen Agitators fehlt, überzeugen, und er wird manchmal mit der Zeit zum fanatischen Anhänger des Umsturzes und des Klassenhasses.

Infolge des Leichtsinns also, mit welchem die Volksgemeinschaft, namentlich die maßgebenden Faktoren die Sache behandeln, ist es soweit gekommen, daß man die Anhänger des Sozialismus heute im Großherzogtum nach Tausenden zählen kann, daß die Zahl derselben von Jahr zu Jahr wächst. So manchem der Leser werden diese Ausführungen übertrieben scheinen, vielleicht wird der Leser mir sagen, daß die Wahlstatistik bei der letzten Wahl im Großherzogtum sehr wenig sozialistische Wähler nachgewiesen hat. Man muß indes vor allem damit rechnen, daß die Zahl dieser Stimmen im Laufe der letzten fünf Jahre ständig wächst. Ferner haben die Sozialisten bei uns nicht überall besondere Kandidaten aufgestellt. Das Wichtigste ist die Furcht, welche manche sozialistische Wähler ihren Brüdern, Verwandten und Freunden gegenüber bei der Wahl eines sozialistischen Kandidaten empfinden. Damit erklärt es sich, daß die Statistik den Sachverhalt nicht genau darstellt.

Darum sollte die Volksgemeinschaft diese Sache sorgfältiger verfolgen. Wenn doch besonders die Geistlichkeit und die weltliche Intelligenz dem Arbeiter und Handwerker die sozialistische Bewegung im gehörigen Lichte darstellen wollte! In den breiten Massen sollte die Meinung gefestigt werden, daß, wenn es sich um den Selbstschutz auf beruflicher Grundlage handelt, die einzige Organisation des polnischen Arbeiter- und Handwerkers die Polnische Berufsvereinigung sein sollte, welche die Arbeitersache energisch vertritt, sich aber dabei von dem Klassenkampfe fernhält. Alpha.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 230 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 21. August 1911:

Der Volksschulverein.

Der für das Jahr 1910 vom Vorstand des Krakauer Volksschulvereins herausgegebene Jahresbericht enthält gleichzeitig auch einen Überblick über die 20 jährige Tätigkeit dieses größten polnischen Aufklärungsinstituts und bietet somit viel Bemerkenswertes. Wir führen hier hauptsächlich die Zahlen aus dem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1910 an und fügen diejenigen Ziffern, die das Jahr 1909 betreffen, in Klammern dazu.

Der Volksschulverein zählte 282 (274) Kreise mit 30 009 (29 045) Mitgliedern. Er verfügte über 2 Realgymnasien, 2 (2) Lehrerfeminare, 11 (9) durch den Hauptvorstand 32 (2) durch die Kreise und Bezirke vollkommen unterhaltene Volksschulen und über 110 (125) Schulen, die der Verein nur teilweise unterhielt und denen er seinen Schutz angedeihen ließ. Weiter verwaltete der Verein 149 (147) Elementarschulen,

18 (14) Spielschulen, 18 (18) Konvikte, 27 (9) Volkshäuser, 1955 (1824) Leih- und Lesehallen und organisierte 40 (31) Fortbildungskurse für Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende, 7 005 (5 148) Vorträge und 986 (846) nationale Festlichkeiten.

Die Einnahmen des Hauptvorstandes betrugen 1 581 500 (1 028 322), die Ausgaben 1 218 462 (845 085) Kronen. Die Nationalgabe vom 3. Mai erreichte die Summe von 49 261 (52 933) Kronen.

Der Betrag der Nationalgabe vom 3. Mai 1910 ist geringer wie im Vorjahre, und zwar deshalb, weil viele Personen an diesem Tage ihre Opfer für den Grundwalfonds bestimmt hatten.

In den Leih- und Lesehallen befinden sich 305 208 Werke und 3 663 sonstige Druckschriften.

Die Zahl der am Unterricht in den Lehranstalten des Volksschulvereins teilnehmenden Schüler setzt sich wie folgt zusammen: in Realgymnasien 284, in Lehrerfeminaren 301, in Abteilungsschulen 347, in Volksschulen 3 434 und in Elementarschulen 900 Schüler. An den Fortbildungskursen für Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende nahmen 814, an den Lehrgängen für erwachsene Analphabeten 3 269 Schüler teil. In Konvikten wurden 665 und in den Spielschulen 1 009 Schüler gezählt. Dies alles zusammengekommen, ergibt die Zahl von 18 634 Schülern.

Während der Dauer seines 20 jährigen Bestehens gründete und unterhielt der Verein: 2 Realgymnasien, 2 Lehrerfeminare, 5 Abteilungsschulen und 38 kleine Volksschulen. Er unterhielt nur zum Teil 110 Volksschulen, errichtete 100 Elementarschulen, organisierte 113 Lehrgänge für erwachsene Analphabeten, 40 Fortbildungskurse für Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende, schuf 18 Spielschulen, 18 Konvikte, 27 Volkshäuser, 1900 Leih- und Lesehallen, 3 wissenschaftliche Sammlungen und veranstaltete 27 315 Vorträge und 2 280 nationale Feste.

Die Opferwilligkeit der Gesamtheit für den Volksschulverein während der 20 Jahre erreichte ungefähr die Höhe von 5 000 000 Kronen.

Aus Nr. 377 des Słowo Polskie (Bromberg)
vom 14. August 1911:

Deutsche geschichtliche Erinnerungen und die Polen.

Leipzig, im August.

In zwei Jahren werden die Deutschen ein großes Nationalfest, das hundertjährige Jubiläum der „Völkerschlacht“ bei Leipzig feiern, ein „nationales“ Fest. Die Deutschen (lies Preußen), welche die Hauptrolle dieser Schlacht eingeheimst haben, maßen sich das volle Verdienst der Besiegung Napoleons an. Sie vergessen, daß der Kaiser zweimal geringere Streitkräfte besaß, daß ihm nicht Deutschland allein, sondern fast ganz Europa gegenüberstand, daß er schließlich hauptsächlich dank den Deutschen — dem Verrat — derjenigen Deutschen weichen mußte, die in seinen Reihen standen und ihn während der Schlacht im Stiche ließen.

Aber daran sind wir gewöhnt. Wissen wir doch lange, daß Kopernikus und Beut Stwosj Deutsche waren. Wissen wir doch, daß fast jeder berühmte, jeder geniale Mensch ein Deutscher ist oder von Deutschen abstammt. Was Wunder also, daß auch hier das ganze Verdienst ihr Verdienst ist?

Zur Ehrung dieses Jahrestages errichtet man in Leipzig ein ungeheures „Völkerschlachtendenkmal“, welches,

über das Schlachtfeld emporragend, den Ruhm der deutschen Nation verkünden soll.

Schon von weitem sieht man die gewaltigen Umrisse des Denkmals. Gegenwärtig ist es noch durch Gerüste verdeckt; ringsum liegen überall Steine, Balken, Bretter, Erdmassen umher.

Aber die Deutschen sind schon jetzt stolz auf das Denkmal, und so darf man es besichtigen. Und da sie zugleich praktisch sind, so erheben sie für die Besichtigung Geldbeträge, und am Eingang haben sie eine Holzbude mit (teuren) Ansichtskarten errichtet, deren Ertrag zum Bau des Denkmals verwendet wird.

Aber niemand eilt dorthin, wo die Sieger gestanden hatten. Alle richten ihre Schritte zu der Stelle, wo sich ein Denkstein mit einer Aufschrift erhebt, die davon zeugt, daß hier während der großen Schlacht Kaiser Napoleon stand. Ein einfacher, kleiner, quadratischer Denkstein, auf ihm aus Erz ein Degen und ein einfacher Hut, bei dessen Anblick vor hundert Jahren Europa zitterte. Von eisernem Gitter umgeben, in Grün gehüllt, macht er den Eindruck eines Grabsteins.

Und er ist es auch. Ein Grabstein einer glänzenden Reihe von Triumphen des Herrn von Europa im — grauen Mantel — der Grabstein des ersten Kaiserreichs und . . . **der Grabstein unserer Hoffnungen.**

An der Straße vom Schlachtfelde zur Stadt erheben sich ein paar kleine, einstöckige Häuschen. Niedrige Stockwerke, kleine Stübchen. — In einem von ihnen das Napoleonische Museum.

Es umfaßt ein Duzend und mehr dieser dicht gefüllten Stübchen. Eine Menge Erinnerungen befinden sich hier. Kaiserbüsten, Kaiserporträts, Schriften, Zeichnungen, zum größten Teil satirische aus der Zeit der Niederlagen (ein verwundeter Löwe . . . so war es doch immer!), Uniformen, Waffen, Pauken, Kugeln.

Im letzten Zimmer rechts Zeichnungen, die Soldaten aus Napoleons Zeit darstellen; u. a. auch erst vor einigen Jahren ausgeführte polnische Soldaten. Der Künstler wollte sich auch als Witzbold belustigen und ließ stellenweise die mannigfachen Mängel zurück. Es gibt da z. B. fast barfüßige Soldaten. Im Kriege kann zwar alles vorkommen, aber an dieser Stelle, wo es sich besonders um unsere Soldaten handelt, lassen sich besondere Absichten vermuten.

An der Türfüllung eines Zimmers ist ein Zettel mit einigen Zeilen gotischer Buchstaben angebracht.

„Der König hat die Schlacht verloren.“

„Ach! Nach der Schlacht bei Jena! Das ist der Augenblick, wo Preußen von der Karte Europas weggeblasen werden konnte. — Das ist der Augenblick, wo unsere Hoffnungen am stärksten zum Ausbruch kamen, und sich zu erfüllen schienen — und sich zu erfüllen begannen . . .“

Der Zettel, von der Berliner Polizei herausgegeben, teilt in lakonischen Worten mit:

„Der König hat eine Schlacht verloren. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Ruhe zu bewahren. Der König und die Königin sind am Leben.“

Mehr nichts! — Aber dieser Zettel ist die angenehmste Erinnerung des ganzen Museums, die daran erinnert, wie der Erbfeind in einem Augenblick niedergetreten wurde.

Warum legte ihn der Sieger nicht vollständig weg!

Ich wußte lange, daß in Leipzig noch ein Andenken ist — ein dem polnischen Herzen teures Denkmal; ein Denkmal, errichtet dem, der unser Stolz, der Vertreter

der Ehre des polnischen Soldaten war, dem Fürsten Josef Poniatowski.

Vergeblich suchte ich es im Führer, vergeblich fragte ich einige Leipziger Schulkleute; man konnte mich nicht belehren.

Also fing ich selbst zu suchen an. Auf dem Stadtplan fand ich im westlichen Teil der Stadt eine Poniatowskistraße. — Ich begab mich dorthin, durcheilte die ganze Straße — vergeblich. Nebenan eine kleine Brücke. Ich gehe dorthin — vergeblich!

Aufs Geratewohl fragte ich den ersten besten Vorübergehenden. — Er wußte es! — Das Denkmal war in der Nähe.

Von der Poniatowskistraße geht man in die Thomasiusstraße und dann in die Lessingstraße — und hier auf der Biegung in der Nähe einer Brücke befindet sich das Denkmal — und wieder kein Denkmal, sondern ein Grabstein dem Äußeren und dem Inhalt nach.

Den Stein zieren an den Ecken vier unserer Adler. Darunter befindet sich die Inschrift:

Dem Fürsten Josef Poniatowski
die polnischen Truppen.

Nachdem der Führer eine Gruppe von Besuchern gesammelt hat, führt er sie einige Duzend Steinufen hinauf ins Innere und erläutert unterwegs, daß das Denkmal ein „Ruhmesdenkmal des deutschen (natürlich!) Volkes“ sei, daß das Andenken der Gefallenen und die Erinnerung an die Schlacht ehren soll; — nachdem er dann noch einige „einleitende“ Worte gesprochen hat, gibt er in raschem Tempo auf das Denkmal sich beziehende Erläuterungen.

Das Denkmal wird ungeheuer groß sein. Auf den äußeren Stufen gelangt man in eine Halle in Gestalt einer Grabkapelle, die von einer mit ungeheuren Gestalten wachender bewaffneter Ritter gezierten Kuppel überragt wird, deren Spitze eine Höhe von 90 m erreichen soll.

Das Innere ist wirklich schön und originell. Auch hier sind noch Gerüste, aber schon weniger. Acht Säulen werden unten von ungeheuren Gesichtern eines sterbenden zum ewigen Schlaf die Augen schließenden Kämpfers geziert. Außerdem sind noch einige Duzend andere symbolische Gestalten zu sehen.

Das ist alles, was man besichtigen kann. Der Führer geleitet wiederum auf die äußeren Stufen und erzählt von der Schlacht, zeigt die Stelle, wo die Heerführer standen, von wo der Rückzug stattfand, wo „der polnische Held Poniatowski“ den Tod fand. Jetzt dehnt sich über einen Teil des Schlachtfeldes ein Friedhof aus; der andere der Stadt näher gelegene Teil ist in einen Park verwandelt.

In diesem Park befinden sich einige Denksteine, welche die Stellungen der Heerführer in der Schlacht kennzeichnen.

Dieses Heer, welches so viele Jahre gekämpft hat, um im fremden Lande nach Polen überzugehen. . . .

Dieses Heer, welches soviel Blut in der ganzen Welt vergossen hat. . . .

. . . Ihm, der der Führer und der Ruhm dieses Heeres war.

. . . Ihm, der die Ehre dieses Heeres durch seinen Tod so hoch verherrlicht hat.

. . . Ihm, der durch sein Blut unsere Freuden und Hoffnungen besiegelt hat.

— — — — —
Ach! Kaiser, großer Kaiser! Warum bist nicht du hier Sieger geblieben!

Aus Nr. 123 des Deutschen Volksblattes für
Galizien (Lemberg)
vom 25. August 1911:

Von der polnischen Deutschenhege.

Beckersdorf.

Die polnischen Hezapostel ziehen bekanntlich von Ort zu Ort und halten überall Reden und Lichtbilder-Vorträge zur „Aufklärung“ des Volkes. Vor kurzem waren auch in Nowesiołka bei Beckersdorf solche polnischen „Aufklärer“, um die polonisierten Deutschen in Nowesiołka und Beckersdorf zu waschechten Deutschenhassern zu erziehen. Erst wurden Lichtbilder gezeigt, welche darstellten, wie einige Deutsche einen Polen prügeln und wie eine polnische Sippe mit Hab und Gut in einem gedeckten Wagen wohnte. Dies, so erklärten die Hezer, sind Bilder aus dem Deutschen Reiche, so geht es dort unseren katholischen (!) Brüdern (!). Unsere (!) Brüder (!) läßt man dort nicht einmal ein Haus bauen; so müssen sie, wie das Bild zeigt, in einem Wagen wohnen, der von Ort zu Ort geschafft wird. Dann ging es los über die deutschen Waren. Man solle nur polnische (d. h. jüdische) Waren aus Galizien kaufen, und nicht von den bösen Deutschen aus Wien, oder gar aus Preußen.

Was aber diese Hezapostel nicht zustande bringen, das ergänzen dann die polnischen Pfarrer, indem sie den katholischen Deutschen die Lüge einprägen, daß die Deutschen keine Katholiken sind; die besten Katholiken sind die Polen; wer ein guter Katholik sein will, muß demnach ein Pole sein. Und wenn ein katholischer Deutscher seine Muttersprache nicht entrecchten lassen will, so wird er vonseiten des polnischen Pfarrers gleich als Protestant und Preuße bezeichnet. Diese fortgesetzte Heze gegen alles Deutsche in den katholischen Siedlungen macht die Leute irre, sodaß sie schließlich die Lüge als Wahrheit hinnehmen, ihre eigene deutsche Muttersprache mißachten und mit Vorliebe polnisch beten und singen.

Einmal wies ich einem solchen polonisierten Deutschen in Beckersdorf schwarz auf weiß nach, daß die Polen erst durch Deutsche zum Christentum bekehrt wurden, daß es heute noch auf Erden fünfmal soviel deutsche Katholiken als polnische gibt, daß es anderseits über eine Million polnische Protestanten gibt, daß demnach die römisch-katholische Kirche mit dem polnischen Volkstum gar nichts gemein hat, da machte der Mann große Augen und erzählte mir ein Geschichtchen, das ihm bis nun ein Rätsel war. Vor zehn Jahren war bei ihm ein ruthenischer Knecht, der nur einige Worte deutsch verstand. Dieser Knecht wanderte nach Brasilien aus und vor zwei Jahren kehrte er als Deutscher aus Brasilien zurück und brachte seinem früheren Dienstherrn aus Brasilien (Südamerika) ein deutsches katholisches Gebetbuch mit. Der ruthenische Knecht hat in Brasilien die Größe und Macht des deutschen Volkes kennen gelernt, er erzählte, daß man in Brasilien mit der deutschen Sprache überall durchkommt, daß es dort viele deutsche katholische Dörfer und Kirchen gibt, welche vom Deutschen Reiche — also von den verhassten „protestantischen Preußen“ — gegründet wurden. — Jetzt war das Rätsel gelöst: Die römisch-katholische Kirche zählt unter ihren Anhängern fünfmal soviel Deutsche als Polen. Was die polnischen Hezer sagen, ist nicht wahr. Jeder Deutsche soll ein strammer Deutscher bleiben, seine Muttersprache nie entrecchten lassen, am allerwenigsten in der Kirche und er kann dabei seinen Glauben besser halten als wie ein Pole. Dem Manne fiel es jetzt wie Schuppen von den Augen. Seine Voreltern, von denen er nebst dem Volkstum auch seinen Glauben geerbt hat, stammen ja auch aus dem Deutschen Reiche und gehören demselben deutschen Volke an, gegen das die polnischen Hezapostel nur Unschönes vorlügen und doch kann er sich er-

innern, daß die alten deutschen Leute im Orte nicht nur biedere Deutsche waren, sondern ganz besonders auch gläubige, gottesfürchtige Christen, denen das deutsche Gebet und das deutsche Lied heilig waren.

Aus Nr. 123 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 25. August 1911:

Was sollen die galizischen Kanäle kosten?

Die effektiven Anlagekosten werden vom österr.-ung. Eisenbahnblatt für den Kanal Dzwicim-Krakau mit 44.8 Mill. Kronen, für den Weichsel-Dniester-Kanal mit 277.6 Mill. Kronen veranschlagt. Die kilometrischen Kosten werden für den Weichsel-Dniester-Kanal mit 708.400 K (Donau-Oder-Kanal 907.500 K), die des Kanals Dzwicim-Krakau mit 780.800 K beziffert. Alle Momente (Interkalarzinsen, Begebungsverluste usw.) in Rechnung gezogen, lassen sich die Gesamtkosten des Kanals Dzwicim-Krakau auf 56.3 Mill. Kronen und die des Weichsel-Dniester-Kanals auf 347.8 Mill. Kronen, also zusammen auf 404.1 Mill. Kronen veranschlagen. Da das Wasserstraßengesetz auch andere Länder umfassen wird, ist natürlich ein sehr hoher Geldbedarf zu decken, dessen größerer Teil vom Staate zu tragen sein wird. Wo wird der Finanzminister die Gelder hernehmen, um diese Objekte durchzuführen?

Jedenfalls wird man den Herren Polen zuliebe versuchen, neue Steuergroschen im ganzen Reiche auf irgend eine Art herauszupressen. Doch dann müssen sich unsere deutschen Abgeordneten ganz entschieden dagegen verwahren. Sie dürfen es nicht mehr zugeben, daß den Polen Geschenke gemacht werden, die dazu dienen, ihre antioesterreichischen Bestrebungen zu unterstützen. Denn wer die Polen kennt, der wird auch wissen, was mit dem Gelde, welches sie für die Kanäle bekommen sollen, geschehen wird.

Aus Nr. 123 des Deutschen Volksblattes für
Galizien (Lemberg)
vom 25. August 1911:

Polnische Wahlen.

Polnische Blätter melden: Gegen den Vizepräsidenten des Polenklubs, den allpolnischen Abg. Ptas, ist vom Präsidium des Krakauer Landgerichtes die Einleitung des Disziplinarverfahrens verfügt worden. Den Gegenstand dieser Untersuchung bildet die gegen den Abg. Ptas, der Vorstand des Bezirksgerichtes in Mokana-Dolna ist, von gegnerischer Seite erhobene Beschuldigung des Mißbrauches der Amtsgewalt, begangen durch einen vom Abg. Ptas im Zuge der Wahlagitation veröffentlichten Wahlaufruf, in dem den Wählern von Mokana-Dolna für den Fall, daß sie ihm ihre Stimmen nicht geben sollten, die Entziehung des Kredites aus der dem Bezirksgerichtsvorstande unterstehenden Waisenkasse angedroht wurde.

Aus Nr. 123 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)
vom 25. August 1911:

Polen gegen Tschechen.

Die Lemberger polnischen Blätter besprechen in sehr erregter Weise das Vordringen des Tschechentums in Österreichisch-Schlesien. Sie teilen mit, daß die Beobachtung gemacht worden ist, daß die Tschechen nur einen Eroberungszug unternehmen, daß sie überall mit Hilfe ihres Kapitals und ihrer starken Agitation breiten Fuß fassen und alle anderen Elemente zu unterdrücken suchen. Die polnischen Blätter betonen, daß die tschechische Agitation in Schlesien weit gefährlicher sei als die deutsche.

